Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935
1923

8.3.1923 (No. 56)

Visual Library

Nr. 56 61. Jahrgang — Karlsruhe, Donnerstag den 8. März 1923

Bezugspreis monatlich: In Karlsruhe durch Träger Mk. 3600, (b. d. Abholstell. in Karlsruhe M. 3400) auswärts (Deutschland) durch die Post Mk. 3600.—, Ausland durch Post oder Kreuzband. Der Einzelverkaufspreis jeder Ausgabe beträgt Mk. 150.—

Fernsprecher: Geschäftsstelle 535.

Badischer Beobachter

Anzeigenpreis: 1 spaltig, 1 mm hoch, 85.— Mk.; im Reklameteil 250.— Mk. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Bei Wiederholung Zeit-Rabatt, der bei zwangsweiser Beitreibung und bei Konkurs wegfällt.

Fernsprecher: Redaktion 572.

Verleger und Herausgeber: Aktien-Ges. „Badenia" (Wilhelm Johner, Direktor). Rotationsdruck der „Badenia" Akt.-Ges. Karlsruhe, Adlerstraße 42. Drahtadresse: Beobachter. Postscheck-Konto Amt Karlsruhe 4844.

Erscheint Werktags einmal täglich. — Beilagen: „Blätter für den Familientisch" und „Frauenrundschau". — In Fällen von höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Schluß der Anzeigen-Annahme: vormittags ½8 Uhr.

Hauptschriftleiter: J. Th. Meyer. Verantwortlich für badische, Reichs- und auswärtige Politik: Th. Meyer; für das Feuilleton: Th. Wüst; für den Nachrichtendienst, Handelsteil und den übrigen redaktionellen Teil: Franz Wahl; für die Anzeigen: J. Wurzler, sämtliche in Karlsruhe.

Deutschlands Protest gegen Eroberungssucht und Gewalt.

Der Reichstag hinter der Regierung.

Die Rede des Reichskanzlers

am Dienstag hat das ausgesprochen, was in der Lage, in der wir uns heute befinden, gesagt werden mußte. Er hat deshalb auch meist den ganzen Reichstag hinter sich gehabt. Wird man erwarten können, daß auch die französische Presse die Rede bringen darf? Diese Frage muß man stellen, weil das französische Volk wissen muß, wie die Politik Frankreichs in Deutschland in Wirklichkeit aussieht und weil es das aus der Rede des Reichskanzlers erfahren kann. Man muß sie aber auch deshalb stellen, weil die Lektüre der französischen Presse beweist, wie wenig man dort die Wahrheit und Wirklichkeit kennt und weil das darauf zurückzuführen ist, daß die französische Oeffentlichkeit planmäßig von der Kenntnis der Wirklichkeit zurückgehalten wird. Wir glauben das in den letzten Tagen an einem sehr deutlichen Beispiel gezeigt zu haben.

Die Rede Cunos zeigte das unkultivierte Vorgehen der französischen Kulturnation im besetzten Gebiet: „Wo ist hier die Ehre? Bei den schimpflichen Gefangenen und brutal Mißhandelten, oder bei den Vertretern der Nation, die sich die „ritterliche" nennen läßt?" Er zeigte aber auch, daß das Vorgehen Frankreichs für Frankreich selber nur ein „passives Geschäft" ist, d. h. gar nichts einbringt und auch bei Weitertreiben der rohen Gewalt nichts einbringen wird. Das müßte das französische Volk wissen; aber es wird ihm vorenthalten.

Mit ebenso großer Entschiedenheit betonte aber der Reichskanzler auch den Erfüllungswillen Deutschlands. Dieser Teil der Rede wird sich sehr heilsam auch im Inland lesen. Auch im Inland, wo es immer wieder Leute gibt, die in eine Art Raserei verfallen, wenn von Erfüllung die Rede ist. Die Regierung Cuno hat diesen Erfüllungswillen von der Regierung Wirth übernommen und hält ihn nachdrücklich aufrecht. Und Erfüllung bedeutet die Anerkennung der Pflicht zu Leistungen, die aber selbstverständlich den Kräften des deutschen Volkes angepaßt sein müssen. Auch dem Ausland gegenüber muß immer wieder klar und unzweideutig auf den Erfüllungswillen hingewiesen werden. Das französische Volk ist über diese Seite der Frage so konsequent belogen worden, daß dort alles überzeugt ist, Deutschland wolle sich drücken und müsse daher von Frankreich durch den Ruhrterror, der bis nach Offenburg hinauf seine Kreise zieht, gezwungen werden. Aber auch die übrige Welt soll und muß es wissen, daß Frankreich nicht wegen eines mangelnden deutschen Willens rechts des Rheins Terrorakte schlimmster Art verübt, sondern wegen seines haßerfüllten Eroberungswillens.

Der Reichskanzler hat auch in abweisendem Ton von dem „Gerede von Verhandlungen" gesprochen. Er hat damit natürlich nicht gemeint, daß wir nicht verhandeln wollen. Wir verhandeln nur nicht, solange Pistole, Kanonen und Reitpeitsche der Franzosen auf uns gerichtet sind, mit Frankreich. Sonst aber sind wir zu Verhandlungen selbstverständlich jederzeit bereit.

Hoffnungen auf ein Ende der verzweifelten Lage hat der Reichskanzler nicht machen können, denn das hängt nicht von uns allein ab. Und wir stehen immer noch allein. Aber am trotzigen Willen soll es uns nicht fehlen, der seine Kraft aus dem Bewußtsein des Rechtes vor Gott und den Menschen holt. Es freut uns zu wissen und sagen zu können: Wenn jemals eine Macht Unrecht gehabt hat, dann ist es heute Frankreich in seinem Vorgehen gegen Deutschland. Und wenn jemals eine Macht Recht gehabt hat, dann ist es Deutschland in seinem moralischen Widerstand gegen Frankreich. Unser moralischer Wille muß uns das Reich erhalten!

—(⊙)—

Deutscher Reichstag.

Berlin, 7. März 1923.

Am Regierungstisch Reichskanzler Dr. Cuno, Außenminister von Rosenberg, Wirtschaftsminister Dr. Becker.

Präsident Loebe eröffnet um 1.20 Uhr die Sitzung und teilt mit, daß dem Reichskommissar für die besetzten Gebiete von der interalliierten Rheinlandskommission ein Schreiben zugegangen ist, in dem es heißt: „Die Kommission hat erfahren, daß der Pfarrer Korell, der Reichstagsabgeordneter ist, trotz der Verwarnung durch die Rheinlandskommission, nicht unterlassen hat, das Wort in einem sehr heftigen Feldzug zu führen und daß sein Einwirken geeignet sein müsse, die Ordnung und Sicherheit der Besetzungstruppen zu beeinträchtigen. (Lachen und Hört, Hört.) Infolgedessen hat die Rheinlandkommission beschlossen, die sofortige Ausweisung des Pfarrers Korell zu veranlassen. (Stürmische Pfuirufe im ganzen Hause.) Die Familie Korells muß binnen vier Tagen ihren Wohnsitz verlassen." (Erneute Entrüstungskundgebungen.)

Präsident Loebe fügt hinzu: Diese rücksichtslose Maßnahme reiht sich würdig an die Gewalttaten, die sich in den letzten Wochen ereignet haben. Daß sie gegen einen vom Volk gewählten Abgeordneten angewendet werden, zeigt, wie die Rechte des deutschen Volkes von den Machthabern Frankreichs behandelt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Für uns ist es ein Zeichen, daß unser Kollege seine Pflicht getan hat und wir danken ihm dafür. (Lebhafter Beifall.)

Als erster Redner der Aussprache über die gestrige Kanzlerrede erhält das Wort

Abg. Dr. David (Soz.). Er erklärte: Das düstere Gesamtbild, das der Reichskanzler gestern von der französischen Politik gezeichnet hat, enthüllte eine Kette von Zwangsmaßnahmen, von Drohungen, Barbarei, blutigen Räubereien an öffentlichem und privatem Eigentum. Dieses Schreckensregiment muß auch jenseits unserer Grenzen das Herz rühren, wo noch gerechte Menschen wohnen. (Lebhafte Zustimmung.) Selbst in Frankreich sollte man Verständnis für das Zusammengehörigkeitsgefühl eines anderen Volkes haben. Das ganze Verhalten der Franzosen zeigt, daß sie nicht Reparationen und Sachleistungen wollen, sondern daß sie dauernd herrschen wollen im Rheinland und Ruhrgebiet und diese Teile des Deutschen Reiches von Deutschland abschnüren. Trotzdem bestreiten die französischen Staatsmänner diese Absicht und behaupten, man müsse dem böswilligen Schuldner Deutschland gegenüber seine Forderungen gewaltsam eintreiben. Wir müssen den Beweis für unsere Behauptungen mit ganz objektivem Material darlegen können und auch dem französischen Volke beweisen: „Mit einem Frankreich, das nur Reparationen will und sucht, ist eine Verständigung jederzeit möglich; mit einem Frankreich aber nicht, das Rhein und Ruhr annektieren will." (Lebhafter Beifall.) Frankreich ist jetzt dabei, alte Pläne auszuführen: Für die Rheinlande ein eigenes Budget und eine eigene Währung einzuführen und die preußischen Beamten zu ersetzen. Auch der amerikanische Oberkommandierende in Koblenz erklärte in seinem Buche offen, daß Poincare die Reparationen nicht gewollt habe, denn ein französisches Heer beherrsche Europa militärisch, verhindere den wirtschaftlichen Aufbau der Welt. Mit der Besetzung des Ruhrgebiets und der Abtrennung der Rheinlande kann sich die deutsche Sozialdemokratie niemals einverstanden erklären. (Beifall.) Das würde die Lebensader Deutschlands abschnüren. Die Erfüllungspolitik ist jetzt gescheitert. Aber trotzdem war sie richtig. Sie hat 1919 verhindert, daß das Reich zertrümmert und das linke Rheinufer französisch wurde. Auch ist die Entente nicht mehr so geschlossen, wie sie das vorher war. Wer die Erfüllungspolitik aufgeben will, arbeitet im Sinne der Franzosen. Wir kämpfen um das Recht und haben dabei den besten Erfolg. Nur Verrückte können einen anderen Kampf wollen. In Frankreich ist man enttäuscht über den bisherigen Mißerfolg. Zum Wiederaufbau und zur Wiedergutmachung sind wir bereit, auch soll Ruhe und Sicherheit für Frankreich gegeben werden, aber vorher muß das ganze besetzte Gebiet geräumt werden. In unserer Steuerpolitik müssen die Besitzenden endlich Opfer bringen; das ist auch eine wichtige außenpolitische Frage. Der französische Militarismus hat der deutschen Arbeiterschaft den Fehdehandschuh hingeworfen. Poincares Politik wird aber scheitern am Felsen der deutschen Sozialdemokratie. (Lebhafter Beifall.)

Für die Deutschnationalen sprach Abgeordneter Hergt, der über die Stimmung im Ruhrgebiet unterrichtete und es begrüßte, daß der Reichskanzler gestern als Plattform den Reichstag gewählt hat, daß die Welt den Atem anhalten wird, wenn sie diesen Aufschrei eines gequälten Volkes, aber auch gleichzeitig das Bekenntnis zum geschlossenen Willen hört. Mit der Rede des Reichskanzlers seien allerdings nicht alle Wünsche der Deutschnationalen erfüllt. Sie verlangten den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Vergeltungsmaßnahmen gegen Ausländer französischer und belgischer Nationalität. Aber, so fuhr der Redner fort, wir treten geschlossen für die Regierung ein, wenn sie auch nach unserer Ansicht zuviel angeboten hat. Wenn das Wort Verhandlungen überhaupt noch in den Mund genommen wird, so kann es sich nicht mehr um Einzelheiten handeln, sondern nur noch um die große deutsche Frage, die jetzt aufgerollt ist.

Abg. Marx (Ztr.) mahnt zur Ruhe und Sachlichkeit. Den sozialdemokratischen Optimismus, als ob das französische Volk nicht hinter seiner Regierung stehe, kann ich nicht teilen. Auch das französische Volk wird, wenn es auf seine Ehre wert legt, sich die Frage stellen müssen, ob es nicht Gefahr läuft, durch seine Raubritterpolitik vor dem unerbittlichen Richterstuhl der Geschichte aus der Kultur Europas zeitweise ausgeschaltet zu werden. Wenn auch das Heer blind seinem Instinkt nach Raub und Mord folgt, so ist dennoch das ganze Vorgehen unerklärlich. Frankreich sät dadurch Haß. Wir stehen in unserem Kampfe allein mit dem besten Bewußtsein, daß wir im Recht sind. Wir wissen, daß die Regierung bisher alles mögliche getan hat, um Frankreich entgegenzukommen. Unser Volk ist geprüft, bis zum äußersten durchzuhalten. An Ruhr und Rhein lebt ein Volksschlag von einer ganz besonders kernigen Gesinnung, der von dem Bewußtsein durchgedrungen ist, daß an der Ruhr das Herz der gesamten deutschen Wirtschaft schlägt, dessen Schutz ihm übertragen ist.

Abg. Dr. Stresemann (D.V.P.) wünscht, daß der Spionageerlaß des Reichspräsidenten auch auf die Verbreiter der wilden Gerüchte ausgedehnt werde, die jetzt zahlreich auftauchen. So ist das Gerücht unwahr, daß die sächsische Industrie Verhandlungen gefordert habe, da sie sonst nicht mehr existieren könne. Nach einem anderen Gerücht soll die Firma Krupp die amerikanische Flagge gehißt haben, um sich damit in den Schutz der Vereinigten Staaten zu stellen und sich damit der Materialopferung zu entziehen. Auch diese Mitteilung ist erfunden. Wenn behauptet wird, es beständen zwischen meiner Partei und dem Reichskanzler Gegensätze über eine Verständigung mit Frankreich, so ist auch das nicht wahr. Kein verständiger Mensch widerstrebt Verhandlungen mit Frankreich, aber Frankreich muß die Voraussetzungen für solche Verhandlungen schaffen. Frankreich will aber, daß der militärischen und politischen Entmannung Deutschlands auch die wirtschaftliche Entmannung folgt. Frankreichs Mißerfolg ist klar. Der erste Monat des Ruhrunternehmens dürfte 132 Millionen Franken kosten; dabei werden nach den Aeußerungen des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch die gesamten Staatseinnahmen Frankreichs in den nächsten Jahren gerade hinreichen, um die Zinsen dieses Abenteuers aufzubringen. Dabei hätte Frankreich die Gelder von Deutschland haben können, ohne sich in das Ruhrabenteuer zu stürzen. Ich glaube, daß trotz der Ungleichheit des Kampfes Frankreich bisher stärker gelitten hat. Durch unsere Vorschläge hätten die Franzosen ihre Finanzen in Ordnung bringen können. Die Stützungsaktion der Mark war nötig, um dem weiteren Währungsfall vorzubeugen und der gegnerischen Behauptung des betrügerischen Bankerotts entgegen zu arbeiten. Der passive Widerstand wird an unsere Nerven noch starke Anforderungen stellen.

Abg. Dr. Dernburg (Dem.) dankt dem ausgewiesenen Korell für seine Arbeit. Korell habe die Zustände nicht durch ein Kupeefenster 1. Klasse angesehen, sondern sei als Mitkämpfer in erster Linie gestanden. Foch und die militärischen Autoritäten verlangten die Rheingrenze, die militärische Besetzung von Essen und der bedeutendsten Ruhrzentralen, sowie den größten Teil des Kohlenbeckens. Das ist urkundlich nachgewiesen. Frankreich will ein Deutschland, das zahlen soll, und fürchtet ein Deutschland, das zahlen kann. Frankreichs Ziel ist, die Einheit des deutschen Reiches und seine politische und wirtschaftliche Kraft zu brechen. Poincare wünscht Ruhr und Rhein auf ewig zu behalten. Die Anfänge dieser Politik liegen schon 1000 Jahre zurück. Frankreich behauptet schon immer, der Rhein sei seine Grenze. Wie kann Amerika von einer rein europäischen Angelegenheit sprechen, da es doch für die Ideale der Demokratie in den Krieg gezogen ist. Englands Versuche waren erfolglos. Deutschland muß die anderen Länder wenigstens moralisch auf seine Seite bringen. Solange die Besetzung andauert, kann von Verhandlungen keine Rede sein.

Abg. v. Graefe (D. Völk.) begrüßt es, daß das Gerede von Verhandlungen endlich ein Ende findet. Warum hält die Regierung krampfhaft am Versailler Diktat fest, das von der anderen Seite längst aufgegeben ist?

Abg. Frau Zetkin (Komm.) erklärt, daß unsere Gegner aus dem Rheinland einen Pufferstaat machen wollen. Solche rein kapitalistische Interessen können nur von dem internationalen Proletariat überwunden werden.

Abg. Ledebour (bei keiner Fraktion) betont, es müsse alles versucht werden, um den verbrecherischen Eingriff in das Ruhrgebiet wieder rückgängig zu machen.

Abg. Leicht (D. Vp.) begrüßt die Einigkeit, mit der alle Redner das französische Verbrechen verurteilt haben. Der Redner schließt mit einem Appell an den deutschen Westen und ermahnt die Deutschen des unbesetzten Gebietes, es denen im besetzten Gebiet gleichzutun.

Damit schließt die Aussprache.

Vizepräsident Dr. Bell stellt als Ergebnis der Erörterungen fest, daß der Reichstag und das deutsche Volk hinter den Ruhrkämpfern stehen. Rhein und Ruhr müssen deutsche Gebiete bleiben. (Beifall.)

Hierauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 8. März, nachm. 2 Uhr. Tagesordnung: Geldentwertung und Steuergesetze.

Schluß der Sitzung kurz vor 8 Uhr.

—(✱)—

Das Echo der Kanzlerrede.

Die Pariser Presse zur Kanzlerrede.

Paris, 8. März. Auf die Kanzlerrede antwortet die Pariser Presse mit einer Mischung aus Gleichgültigkeit und Hohn, was man erwarten konnte. Der Intransigeant und das Journal des Debats vergleichen das jetzige Verhalten mit seinem Verhalten am Schluß des Krieges, wo die deutschen Führer den Schein einer günstigen Lage aufrecht erhielten, bis sie sich gezwungen sahen, um Waffenstillstand zu bitten. — Der Temps wiederholt die Behauptung, mit der er die Regierung Cuno immer wieder zu brandmarken versuchte: er sagt, daß es eine unter der Herrschaft der Reaktion und des Militärs stehende Regierung sei. Uebereinstimmend stellten die Pariser Blätter die vorgestrige Rede Bonar Laws im Unterhaus gegenüber. Hier will man nichts anderes herauslesen, als daß die englische Regierung im Einklang mit der überwältigenden Mehrheit des englischen Volkes keine Intervention gegen den Willen Frankreichs versuchen werde.

Englische Stimmen zur Kanzlerrede.

London, 7. März. Die Times besprechen die Lage im Ruhrgebiet sowie die Rede des Reichskanzlers und erklären, daß es am besten wäre, wenn man klar zu erkennen vermöchte, was die deutsche Regierung bezahlen wolle, wenn wieder normale Beziehungen einträten. Die verantwortungslosen Erklärungen in dem Sinne, daß die Ruhrbesetzung Deutschland von seiner Schuld und den Reparationszahlungen befreie, könnte weder Deutschland noch sonst jemand helfen. Eine derartige Haltung werde sicher Zweifel daran erwecken, daß Deutschland den guten Willen zum Bezahlen habe, und werde keine Illusionen in bezug auf seine Zahlungsunfähigkeit aufkommen lassen. Da die Rede Cunos erkennen lasse, daß der passive Widerstand Deutschlands weiter andauern solle, bis zu dem Augenblick, in dem dieses Land in der Lage sei, unter gleichen Bedingungen zu verhandeln, sehe man augenblicklich voraus, daß der Konflikt sich bis ins Unendliche hinziehen werde, zum größten Unglück für die zunächst beteiligten Länder, aber auch für ganz Europa. Es ist wahrscheinlich, so schreibt das Blatt, daß der Versailler Vertrag revidiert werden wird; aber dieser große und komplizierten Operation muß eine Diskussion auf breiter internationaler Grundlage vorangehen.

—(⊙)—

Der deutsche Botschafter in Paris Dr. Wilhelm Mayer †.

Als nach dem Ruhreinfall der Franzosen und Belgier die deutsche Reichsregierung zu energischen Protestkundgebungen und Abwehrmaßnahmen schritt, da war ein erster Akt des Protestes die Abberufung des deutschen Botschafters in Paris, Dr. Wilhelm Mayer. In einem Teil der deutschen Presse war man damals sehr peinlich überrascht, daß Dr. Mayer nicht nach Berlin zur Berichterstattung kam, sondern gleich nach München fuhr. Doch bald hörte man, daß er dazu durch eine schwere Magenerkrankung gezwungen war. Er mußte sich einer Operation unterziehen, an deren Folgen er nun gestorben ist.

Dr. Wilhelm Mayer war eine der sympathischsten Erscheinungen unseres öffentlichen Lebens. Seine reichen Fähigkeiten und umfassenden Kenntnisse haben ihn schnell zu Amt und Würden gebracht. Wiederholt war er in den letzten Jahren Reichskanzlerkandidat. Wenn er es nicht geworden ist, so lag das daran, daß er Mitglied der Bayerischen Volkspartei war und von dieser Seite ein so bedeutsames Regierungs-Engagement nicht gerne angenommen wurde, vor allem hatte das aber seinen Grund darin, daß sich Botschafter Dr. Mayer in Paris außerordentlich gut zurecht gefunden hatte und dem deutschen Reiche dort äußerst wertvolle Dienste leistete. Als sich die Bayerische Volkspartei vom Zentrum abspliterte, hat auch Dr. Mayer diesen Weg mitgemacht. Aber er hat es nicht gerne getan. Er gehörte bereits seit dem Jahre 1907 der Zentrumsfraktion des Reichstages an und hat die innigen Verbindungen zu dieser Fraktion auch nach der Absplitterung der Bayerischen Volkspartei nie verloren.

Wilhelm Mayer war geboren am 18. November 1874 zu Enkenbach in der Rheinpfalz. Er wurde 1901 Rechtsanwalt in München. Seit 1907 gehörte er dem Reichstag an als Vertreter des Wahlkreises Kaufbeuren. Im Jahre 1919 wurde er auch in die bayerische Landesversammlung gewählt. Er beschäftigte sich hauptsächlich mit gewerblichen und handelspolitischen Fragen. Von 1912 bis 1919 leitete er als Vorsitzender den Ausbau des Kalikonzerns Alexandershall. Im Kabinett Bauer übernahm Mayer 1919 das Reichsschatzministerium und führte die industriellen Heeres- und Marinebetriebe in die Friedenswirtschaft über. Aus dem Amte schied Mayer beim Austritt der Bayer. Volkspartei aus der Zentrumspartei im Januar 1920 und wurde Geschäftsträger, im September 1920 Botschafter in Paris.

Eine dornenvolle Aufgabe hat das deutsche Volk in seine Hände gelegt mit dem Botschafteramt in Paris, das unendlich viel Herbes und Demütigendes für den geraden deutschen Mann mit sich brachte, zumal die französischen Staatsmänner nicht nur sachlich überaus gehässige deutschfeindliche Politik trieben, sondern es auch den deutschen Botschafter entgelten ließen, daß sie unversöhnliche Feinde sind. So wurde Mayer noch beim letzten Neujahrsempfang der Diplomaten bei Poincare von letzterem ostentativ geschnitten. Die vielen politischen Kränkungen haben die Gesundheit des Botschafters früh untergraben. Er ist ein Opfer seines Amtes geworden und hat auf schwerem Posten sein

Vom Tage.

Im Ruhrgebiet wurde Remscheid unter Verkehrskontrolle gestellt und mit hundert Mann Besatzung belegt. — Die Lippebrücken wurden durch Drahtverhaue gesperrt. — Der Vormarsch hat bei Wipperfürth einen vorläufigen Abschluß gefunden. — Das Mülheimer Rathaus wurde von den Franzosen verlassen. — Die Familie des Regierungspräsidenten Grützner erhielt ebenfalls Ausweisungsbefehl. — Die bevorstehende Ausweisung zahlreicher mittlerer Beamten wird gemeldet. — In Richtung Steele dringen die Franzosen weiter vor.

Das Urteil gegen den Essener Bürgermeister Schäfer ist wegen eines Formfehlers aufgehoben worden, es wird demnächst eine Revisionsverhandlung stattfinden.

Auf der Leipziger Messe würdigte Reichspräsident Ebert die wirtschaftliche und industrielle Bedeutung Deutschlands und verwahrte sich nochmals eindringlich gegen die Rechtsbrüche an Rhein und Ruhr.

Im amerikanischen Handelsministerium sind zahlreiche Proteste gegen die den amerikanischen Handel schädigenden Wirkungen der französischen Ruhrblockade eingelaufen.

In englischen politischen Kreisen erwartet man, daß die Frage der Warentransporte aus dem besetzten Deutschland nach Amerika, der Schweiz und Holland, eine demnächstige internationale Regelung erfahren wird.

Poincare reist Montag nach Brüssel, wo er einer Sitzung im Auswärtigen Ministerium beiwohnen wird.

Die britische Regierung erlitt am Dienstag eine dritte Wahlniederlage bei einer Ersatzwahl.

Italienische Blätter wollen von der bevorstehenden Abberufung des deutschen Gesandten in Rom Dr. v. Neurath wissen.

Das tschechische Schutzgesetz für die Republik wurde zum Beschluß erhoben.

In einem soeben in London bekannt gewordenen Communiqué lehnt die türkische (Angora-)Regierung den Lausanner Friedensvertragsentwurf ab. Sie ist unter Bedingungen zur Fortsetzung der Friedensverhandlungen bereit.

leben für das deutsche Vaterland geopfert. Das dankbare Vaterland wird seiner nicht vergessen!

Berlin, 7. März. Der französische Botschafter hat den Reichsminister des Innern aufgesucht, um ihm das Beileid zum Tode des Botschafters Dr. Mayer auszusprechen.

Die Pariser Presse zum Tode Dr. Mayers.

Paris, 8. März. Zum Tode des deutschen Botschafters äußert sich die französische Presse in warmen Worten der Anerkennung über das sympathische Auftreten und die politische Begabung des Verstorbenen.

Zur Besetzung der Häfen von Mannheim und Karlsruhe.

Daß die Besetzung der Rheinhäfen von Mannheim und Karlsruhe nichts anderes ist als ein offensichtlicher Rechtsbruch, geht aus folgenden Ausführungen hervor, die uns von gut unterrichteter Seite zugehen:

Das Gebiet, zu dessen Besetzung die Entente auf Grund des Friedensvertrages berechtigt ist, ist in dem Artikel 428 des Versailler Vertrages und im Artikel 1 des dem Friedensvertrag angeschlossenen Rheinlandabkommens genau bestimmt, nämlich das linke Rheinufer und die Brückenköpfe von Köln, Koblenz und Mainz, die mit dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 besetzt sind, sowie das Kehler Brückenkopfgebiet, dessen Ausdehnung durch den Art. 7 des Zusatzabkommens vom 16. Januar 1919 zum Waffenstillstand genau bestimmt ist. Zur Besetzung der obenbezeichneten Gebiete hat Deutschland, wenn auch erzwungen, seine Unterschrift gegeben. Die Häfen von Mannheim und Karlsruhe liegen auf dem rechten Rheinufer außerhalb der Brückenköpfe, gehören also nicht zum besetzten Gebiet im Sinne der Verträge.

Als nun bald nach dem Waffenstillstand kleine Truppenkommandos der Entente in die Häfen von Karlsruhe und Mannheim einrückten, hat die Reichsregierung sofort gegen diese Vertragsverletzung Einspruch erhoben. In seiner Erwiderung auf die wiederholten Noten der deutschen Regierung hat der Botschafterrat ausdrücklich bestritten, daß es sich um eine Besetzung handle und der Sache die Auslegung gegeben, daß die kleinen Kommandos lediglich Kontrollposten der Interalliierten Schiffahrtskommission, die in Köln ihren Sitz hat, seien und daß diese nur die Aufgabe hätten, die Uebermittlung und Ausführung der Befehle dieser Kommission zu überwachen. In Verfolg dieses Standpunktes wurde im weiteren Verlauf von der Entente s. Zt. verfügt, daß die Kommandos ohne Gewehr lediglich mit der Pistole bewaffnet und mit der rot-weißen Armbinde der Interalliierten Schiffahrtskommission ihre Dienste tun. Bei der Rechtfertigung dieser Kontrollposten berief sich die Entente auf die Klausel 1 der Zusatznote 2 zum Waffenstillstand, die durch Art. 212 des Friedensvertrages aufrecht erhalten ist. Diese Begründung ist jedoch rechtsirrtümlich, da durch die angezogene Bestimmung nur die linksrheinischen Verkehrswege „den Rhein inbegriffen", sowie jene, welche auf dem rechten Rheinufer innerhalb der besetzten Brückenköpfe liegen, der Befehlsgewalt des Oberkommandierenden der Interalliierten Heere unterstellt sind. Die militärische Befehlsgewalt endet also am rechten Rheinufer und erstreckt sich nicht auf solche Hafenanlagen außerhalb der besetzten Brückenköpfe, die sich vom Rhein scharf getrennt östlich vom rechten Rheinufer befinden. Dies trifft aber auch für die Mannheimer Häfen und erst recht für den fast eine Wegstunde vom Rhein entfernten, mit ihm nur durch einen Stichkanal verbundenen Karlsruher Hafen zu.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich zweifelsfrei, daß die Franzosen auch nicht den Schein eines Rechtes für die Besetzung der Häfen von Mannheim und Karlsruhe geltend machen können. Dies geht auch daraus klar hervor, daß die Franzosen selbst s. Zt. bei den Kontrollposten, wie oben nachgewiesen wurde, den Charakter der Besetzung ausdrücklich bestritten hatten. Sie haben damit selbst zugegeben, daß auch sie der Ansicht waren, zu einer Besetzung nicht berechtigt zu sein. Wenn aber jetzt französischerseits die Besetzung der Häfen als „Sanktion" bezeichnet wird, so gestehen die Franzosen wiederum selbst zu, daß sie sich durch diese Maßnahmne außerhalb jedes Rechtes gestellt haben. Im übrigen hat die badische Regierung nicht unterlassen, die Reichsregierung immer wieder über die Lage in den badischen Häfen aufmerksam zu machen und diese hat ihrerseits wiederholt bei der Entente entsprechenden Protest eingelegt.

In Baden, am Rhein und an der Ruhr.

Besetzung des Zollamts Maxau und der Gemeinde Knielingen.

Karlsruhe, 7. März. 9.25 Uhr. Soeben wird uns aus Maxau mitgeteilt, daß acht weitere Militärautos mit bewaffneten Franzosen, im ganzen etwa 120—150 Mann, die Maxauer Rheinbrücke passiert haben. Ein Teil der Truppen steht noch in Maxau, ein weiterer Teil hat den Vormarsch in der Richtung Knielingen aufgenommen.

Wie aus Knielingen berichtet wird, ist beim dortigen Bürgermeister bereits eine Kommission erschienen, anscheinend um für die Mannschaften Quartiere zu fordern. Es handelt sich offenbar um eine neue Verstärkung der Besatzung des Karlsruher Rheinhafens.

=: **Karlsruhe**, 7. März. Im Laufe des heutigen Vormittags haben die Franzosen das Zollamt in Maxau und die Gemeinde Knielingen (in der Nähe des Karlsruher Rheinhafens gelegen) besetzt. Die Besetzung von Maxau erfolgte durch 50 Marokkaner, die im Wartesaal des Bahnhofgebäudes untergebracht sind. In der Gemeinde Knielingen sind 100 Franzosen und 3 Offiziere untergebracht, die in der Turnhalle Quartier bezogen haben. Die Aufforderung der französischen Offiziere an den Bürgermeister von Knielingen, zu Verhandlungen auf die Straße zu kommen, wurde mit der Erwiderung abgelehnt, der Bürgermeister sei in seinem Amtszimmer zu sprechen. Die Franzosen suchten darauf den Bürgermeister in seinem Amtszimmer auf, wo sie von ihm verlangten, daß er mit ihnen im Ort Quartiere suche. Um die Interessen der Gemeinde zu wahren, erklärte sich der Bürgermeister dazu bereit.

Stillegung des Dienstbetriebes des Kehler Güteramts.

Kehl, 7. März. Infolge Eingreifens der Franzosen in den Dienst mußte gestern abend 6 Uhr der gesamte Dienstbetrieb des Güteramts einschließlich der Werft in Kehl stillgelegt werden. Die seitens des französischen Brückenkopfkommandanten beabsichtigte Beschlagnahme der Stationskasse unterblieb wegen zu geringen Barbestandes. Es handelt sich auch hierbei offenbar um ein planmäßiges Vorgehen der Franzosen, wie wir es tagtäglich im Ruhrgebiet erleben müssen.

Hierzu wird noch weiter gemeldet, daß die Franzosen verschiedene leere und beladene Güterzüge nach dem Elsaß befördert haben. Allem Anschein nach versuchen die Franzosen den gesamten Eisenbahnverkehr im alten und neubesetzten Brückenkopf Kehl selbst durchzuführen.

Der bayerische Ministerpräsident über den französischen Terror in der Pfalz.

München, 7. März. Der bayerische Ministerpräsident Dr. Knilling nahm in der heutigen Vollsitzung des Landtags das Wort zu längeren Ausführungen. Er wies darauf hin, wie die Rheinpfalz nach dem Einbruch der Franzosen in das Ruhrgebiet schwer in Mitleidenschaft gezogen worden ist. Ueber 30 Familien, die ihrem Vaterland unerschrocken die Treue bewahrten, seien aus der Heimat ausgewiesen worden. Frankreich, das sich über Recht und Gesetz hinwegsetze, versuche mit den Kriegsgerichtsurteilen Furcht und Schrecken in der pfälzischen Bevölkerung zu verbreiten. Tief empört über die Schreckensurteile, die über die beiden Bürgermeister von Pirmasens ausgesprochen wurden, habe die Regierung an den pfälzischen Kreistag und an die Kreisregierung ein Telegramm gerichtet, in dem der Hoffnung Ausdruck gegeben wird, daß die pfälzische Bevölkerung trotz der Einschüchterungsversuche der Gewalt die Treue gegen Bayern und das deutsche Reich entgegensetzt. Auch ein Telegramm der Reichsregierung anläßlich dieser beiden Verurteilungen drücke den Stolz über diese aufrechten Männer aus. Zum Schluß sprach der Ministerpräsident der Bevölkerung in der Pfalz den tatkräftigen Dank des Volkes und der Regierung für ihre unerschütterliche Treue aus und sprach die Zuversicht aus, daß schließlich doch das Recht den Sieg erringen müsse.

Neue Bahnräubereien der Franzosen.

Dortmund, 7. März. Am Samstag haben die Franzosen im Bahnhof Scharnhorst einen unerhörten Eisenbahnraub verübt. Der D-Zug 9, der die Kontrolle Scharnhorst in der Richtung Berlin etwa um Mitternacht zu passieren hatte, wurde volle vier Stunden festgehalten. Die Reisenden, die nach dem unbesetzten Deutschland fuhren, wurden nicht nur aufs genaueste untersucht, sondern es wurden ihnen auch ihr Bargeld, soweit es 10 000 Mark überstieg, weggenommen.

Ein Ultimatum an die Eisenbahner.

Dortmund, 7. März. Gestern war in Dortmund das Gerücht über eine bevorstehende Besetzung von Hamm verbreitet. In Hamm befindet sich jetzt die Rumpfeisenbahndirektion Essen. Die Franzosen haben gestern einen neuen Vorstoß gegen die Eisenbahner unternommen. Nachdem alle Versprechungen und Drohungen nichts genutzt haben, haben sie den Eisenbahnern der militärischen Linien ein Ultimatum von 24 Stunden gestellt, das heute abend abläuft. Falls bis zu dieser Zeit die Eisenbahner der betreffenden Linien sich nicht den Anordnungen und Befehlen der französischen Besatzungsbehörde fügen wollen, so heißt es in dem Ultimatum, werden sie aus ihren Wohnungen verjagt.

Ein französisches Kriegsgerichtsurteil gegen einen Arzt.

Essen, 6. März. Von dem französischen Militärgericht ist der deutsche Arzt Dr. Lips zu einer Million Mark Geldstrafe verurteilt worden. Dr. Lips hatte auf einen Anruf eine militärische Persönlichkeit behandelt. Für diese Behandlung hatte er dem Militärkommando eine Liquidation übersandt, die auf 80 Franken lautete. Das französische Militärgericht hat in der Uebersendung dieser Liquidation eine Verhöhnung und Beleidigung der Besetzungsmacht gesehen (!) und daraufhin den Arzt zu der obengenannten Strafe verurteilt.

Franzosen verweigern den Dienst im Ruhrgebiet.

Basel, 7. März. Vor wenigen Tagen fand hier eine Tagung des Internationalen Vollzugsausschusses der Post- und Telegraphenbeamten statt, in der zwei Vertreter aus Deutschland, ferner Vertreter aus Frankreich, England, Oesterreich und der Schweiz teilnahmen. Zur Besetzung des Ruhrgebietes wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Besetzung des Ruhrgebietes ausspricht, die, wie die bisherige Erfahrung lehrt, als praktisches Ergebnis nur den Schuldner zugrunde richten kann, ohne dem Gläubiger etwas einzubringen. Eine Vermittlung zur Beseitigung des jetzigen Zustandes sollte herbeigeführt werden, weshalb der Vollzugsausschuß einen Appell an die beteiligten Regierungen richtet, die friedliche restlose Lösung des Gesamtproblems dem Völkerbund anzuvertrauen, in dem Deutschland vorher als vollberechtigtes Mitglied aufgenommen werden muß. Ueber die Tagung erfährt der Karlsruher Volksfreund aus zuverlässiger Quelle, daß die Vertreter Frankreichs erklärten, daß gegen 35 französische Post- und Telegraphenbeamte in den letzten Tagen verhaftet wurden, weil sie sich geweigert hatten, dem Befehl ihrer Regierung, im Ruhrgebiet zu arbeiten, Folge zu leisten.

Die Benachteiligung der Schweiz.

Basel, 7. März. Nicht nur die Kohlenlieferungsverträge aus dem Ruhrgebiet für die Schweiz sind in starkem Rückgang begriffen, sondern auch eine Menge von Halbfabrikaten für die schweizer Maschinenindustrie konnte infolge der französischen Absperrung nicht ausgeliefert werden. Hiervon werden auch die schweizer Bahnen betroffen. Deshalb ist der Verband der schweizer Sekundärbahnen beim Bundesrat vorstellig geworden, um ihn auf die schweren Folgen, die für die Bahnen und deren Betrieb sich aus den unsicheren Verhältnissen ergeben, aufmerksam zu machen. Der Verband ersucht die schweizer Behörden dringend, auf diplomatischem Wege zwecks Durchführung der Lieferungsverträge zu intervenieren.

Ein Hilferuf an den Papst.

Mit Rücksicht auf die tätige bisherige Hilfe des Heiligen Stuhles und im Hinblick auf die immer schlimmer werdende Lage des Einbruchsgebietes haben die Oberhirten von Köln, Münster und Paderborn folgendes Telegramm an Se. Heiligkeit abgesandt:

Die wegen der täglich wachsenden Bedrängnis und Not in dem neubesetzten Rhein- und Ruhrgebiet zu Paderborn versammelten beteiligten Bischöfe bitten dankbar und vertrauensvoll Eure Heiligkeit um weitere Hilfe und Trost.

Frankreichs Vorgehen schädigt auch die religiösen Interessen unendlich. Die Notlage vieler kirchlichen Institute hängt mit der ewigen Unruhe, die Frankreich hervorruft, wesentlich zusammen. Nationale und religiöse Interessen fordern vom deutschen Volk den Widerstand, den wir allein leisten können. Soeben ist auch die Essener Volksztg., das Blatt, das unter den Katholiken des Ruhrbezirks wohl am weitesten verbreitet war, auf sechs Monate verboten worden. Die schamlose Willkür der Franzosen, die sich über Recht und Billigkeit frech hinwegsetzt, stinkt zum Himmel.

*

Englische Beurteilung der französischen Politik.

Amsterdam, 7. März. Aus London wird über die gestrige Debatte im Unterhaus berichtet: Lord Robert Cecil erklärte, er betrachte die vorgeschlagenen Schritte zur Regelung der Bahnfrage in der englischen Kölner Zone als ungenügend, um die ernste Lage zu bessern. Die Komiteeberatungen könnten nicht fortschreiten, ohne daß wieder Verhandlungen zwischen den beiden Regierungen notwendig würden. Er erklärte weiter, er wäre davon überzeugt, Verhandlungen dieser Art würden niemals Erfolge erzielen und nur dazu beitragen, eine Erbitterung zu erzeugen, die dazu führe, daß sich das französische Volk hinter seiner Regierung zusammenscharte. Großbritannien und Frankreich treten gegeneinander. Frankreich verfasse jetzt einen neuen Friedensvertrag nach seinen eigenen Interessen, ohne irgend einen der Verbündeten hinzuziehen. Die gestrigen Ereignisse bildeten das erste Kapitel dieses Abschnitts und müßten zu einem Kriege führen, wenn nicht rechtzeitig eingegriffen würde.

Ein mißglückter Rechtfertigungsversuch.

Paris, 6. März. In einer Erwiderung auf die Auslassungen, die der deutsche Reichskanzler einem Berliner Korrespondenten gegenüber getan hat, behauptet Poincare, Frankreich strebe die Hegemonie der Eisen- und der Kohlengebiete, sowie die Aufteilung Deutschlands nicht an, sondern Frankreich wolle nur (?) seine Reparationen erhalten, die ihm Deutschland schulde. Trotzdem die Ruhr besetzt sei, habe Deutschland in England große Kohlenkäufe getätigt und der Markkurs sei von 42 000 auf 22 000 für den Dollar hinaufgetrieben worden. Wenn Deutschland somit beträchtliche Summen aufgebracht habe, so sei das ein Beweis dafür, daß es auch imstande gewesen sei, seinen Reparationsverpflichtungen nachzukommen. (Aber nicht den wahnsinnigen Reparationsforderungen, die Frankreich im Sinne hat!)

*

Der Reichspräsident auf der Leipziger Messe.

Leipzig, 8. März. Auf dem gestrigen Empfangsabend des Zentralverbands für die Interessen der Leipziger Mustermessen führte Reichspräsident Ebert in einer Ansprache u. a. aus: Die Messe ist ein Beweis für das, was Deutschland für die Neubelebung und Wiederherstellung der durch Kriegs- und Nachkriegszeit zerstörten und unterbrochenen Weltwirtschaft beizutragen vermag und beizutragen gewillt ist, wenn es in Ruhe und Frieden arbeiten kann. Die Wiedergesundung der Weltwirtschaft ist aber Lebensfrage aller Völker. Umso mehr die hier anwesenden Vertreter des Wirtschaftslebens des Auslandes verstehen, welche Empörung das deutsche Volk in allen seinen Schichten empfindet, wenn es sehen muß, wie seit Wochen fremdes Kriegsvolk in unserem wichtigsten, höchstentwickelten Industriegebiet haust. Jahrhunderte alte Gedanken von Gebietserweiterun-

---

Magdalena Castelli.

81) Roman von M. Rapp di Pauli.

„Lieber Doktor, beruhigen Sie sich vorerst, und sprechen sie dann mit der Marchesina!" sagte Magdalena beschwichtigend.

„Dieser Schlag hat mich ins Herz getroffen," fuhr er unbeirrt fort. „Den Bräutigam, den sie verschmäht, zwingt sie nun der Tochter auf, und ich Tor hielt ihn für einen Edelmann im vollsten Sinne des Wortes! Enttäuschung über Enttäuschung! Ich gebe keinen Deut mehr auf mein eigenes Urteil."

Während er noch sprach, öffnete sich sachte die Türe und Giulia trat ein. Sobald sie des Doktors ansichtig wurde, eilte sie mit einem Ausruf der Freude auf ihn zu, blieb aber betroffen stehen, als er sich nicht erhob, um sie zu begrüßen, sondern tief aufseufzend das Haupt senkte.

„Mein Gott, was ist Ihnen, lieber guter Freund?" rief sie besorgt. „Sind Sie krank?" Sie beugte sich zu ihm nieder.

„Ja, so was dergleichen!" Der Doktor griff nach dem Glase Wasser, das Grazia ihm hinreichte. „Ja, etwas dergleichen! Ich glaubte einem Schlaganfalle zu erliegen. Das kommt vom Zorne her. Denn wenn man nicht heilig ist, sondern ein Herz von Fleisch und Blut hat, so fühlt man's und das Blut steigt in die Höhe!" Er trank das Glas Wasser auf einen Zug.

Nach einer Pause, in welcher er sich zur Ruhe zwang, sprach er: „Giulia, Marchesina, was haben Sie getan? Warum haben Sie in so ernster Sache nicht den Rat Ihres besten Freundes eingeholt?... Der ganze Handel kann aber noch rückgängig gemacht werden, wenn Sie mir folgen. Da Sie noch nicht mündig sind, kann ich für Ihre Rechte eintreten und verhindern, daß man Sie zu dieser Vermählung zwinge!"

„Lieber Doktor, Sie irren sich," erwiderte ihm Giulia mit voller Ruhe. „Ich habe mit freiem Willen mein Jawort zu dieser Verbindung gegeben."

„Ich glaube es nicht!" bestritt der Arzt mit erneuter Heftigkeit. „Ich glaube es nicht! Oder Sie sind wie alle andern, die von heute auf morgen aus Liebe zu einem alten Gecken krank werden."

„Lieber Freund, kränken Sie mich nicht. Beruhigen Sie sich, ehe Sie urteilen. Ich habe weder aus törichter Liebe noch aus kindischer Nachgiebigkeit diesen Entschluß gefaßt, sondern nach reiflicher Ueberlegung, im Gehorsam gegen Gott!"

„Da haben wir's!" rief der Doktor wütend. „Es ist nur ein Kapitel mehr zur Legende von der heiligen Giulia! Nein, ich will nicht, daß du jetzt schon heilig werdest! Zuvor sollst du glücklich werden... O mein Kind, mein armes Kind!" setzte er in verändertem Tone hinzu, „ich stehe ja an der Stelle deines Vaters, ich werde dich schützen vor der Tücke der Menschen!"

„Geliebter Freund und Vormund! Wie gern möchte ich Ihnen in allem zu Willen sein. Wenn Sie ruhiger geworden sind, werde ich mit Ihnen das Vorgefallene besprechen, und ich hoffe, daß Sie mich dann milder beurteilen." Giulia legte ihre Hand sanft auf seinen Arm und lud ihn ein, ihr zu folgen. Er gehorchte und geleitete sie zu ihren Gemächern.

*

Als Doktor Spiridion mir am folgenden Morgen begegnete, sagte er zu mir halb mürrisch, halb gerührt: „Sie hat mir die Hände gebunden. Ich weiß nicht, bin ich schwachsinnig geworden oder hat das Kind eine Zauberkraft... ich mußte ihr zustimmen. Sie weiß allem und jedem eine ideale Färbung zu geben, so daß man über die eigenen gemeinen Gedanken und Ansichten beschämt wird und erschrickt. Ich greife nicht ein, ich versprach es ihr. Ich will aber sehen, was der Herrgott dazu sagt... oft macht er einen Strich durch die Rechnung der Menschen."

Der Doktor versuchte vergebens, die Marquise zu bewegen, Giulia und mich in Mantua zurückzulassen. „Vor einer Vermählung gebe es noch manches zu ordnen," bemerkte er.

Die Marquise lächelte kühl und erwiderte: „Die Aussteuer werden wir in Paris bestellen."

„Giulias schwache Gesundheit bedarf aber sehr der Pflege," wandte der Doktor ein.

„In einer Großstadt gibt es vorzügliche Aerzte," antwortete seine Gegnerin anzüglich. „Spezialisten, Doktor... und Sie sind das nicht."

„Nun, der sogenannte Bräutigam will aber, daß die Marchesina hier bleibe," widersprach Doktor Spiridion in steigender Unruhe, selbst diesen ihm widerstrebenden Beweggrund ins Treffen führend.

„Fürst Torcello wird sich meinen Wünschen zu fügen wissen," erwiderte lachend die eitle Frau.

„Die Zeit wird Sie eines Bessern belehren, Marchesa. Schwiegersöhne sind widerhaarige Tiere. Ich rate Ihnen, dem Willen des Fürsten nicht zu trotzen, sondern damit zu rechnen."

„Ich erkenne keinen fremden Willen über dem meinen an... ich rechne nur mit meinen Wünschen."

„Zum Glück habe ich aber meinen Willen noch nicht an Sie verschachert, Frau Marchesa!" schrie der kleine Mann im höchsten Zorne. „Ich sage Ihnen daher, daß ich keinen Teil an Ihrer Schuld haben will, daß ich gegen die Reise Giulias nach Paris Einspruch erhebe, ja noch mehr, daß ich gegen die wahnwitzige Verbindung, zu welcher man sie zwingen will, als ihr Vormund Verwahrung einlege! Ich lege Verwahrung ein gegen die Behandlung, mit welcher eine unnatürliche Mutter ihre edle Tochter zu Tode quält! Ich warne Sie, Marchesa, spielen Sie nicht mit dem Leben Ihres Kindes! Denn auch für Sie kommt der Tag der Vergeltung."

Die Marquise klingelte zweimal mit großer Heftigkeit. Sich zu dem rasch eintretenden Cechino wendend, sagte sie mit möglichster Kälte: „Geleite den Herrn Doktor hinaus."

Der Page blickte verlegen den ernsten kleinen Mann an.

Dieser sagte mit eisiger Ruhe, als spräche er eine ärztliche Verordnung aus: „Zuvor jedoch, Cechino, ein Glas frisches Wasser für die Marquise. Eile dich und tue, was ich dir sage." Seine Augen blitzten drohend.

Der pfiffige Junge erkannte die Lage und eilte mit harmloser Miene von dannen, den Befehl des Doktors zu vollziehen.

„Marchesa, Sie könnten wissen, daß ich nicht loses Spiel mit mir treiben lasse," erklärte der Arzt nun mit ruhiger Würde. „Ihr Harlekin kann Ihnen dazu dienen, für mich gibt es derlei Possenreißer nicht. Auch will ich Ihnen ins Gedächtnis rufen, daß ein Punkt im Testament des verewigten Marchese mir eine große Gewalt über Euer Gnaden gibt. Ich rate Ihnen, die Dinge nicht bis zum Aeußersten zu treiben."

Er verließ das Gemach, ohne auf die Erwiderung der Marchesa zu warten.

Diese überschaute ihre Lage und fand es dann geraten, ihre Tochter selbst als Waffe gegen Spiridion zu gebrauchen. Es gelang. Durch Giulia besänftigte sie den gerechten Zorn des Doktors und erlangte nach zweitägiger Verzögerung seine Einwilligung zu unserer Uebersiedelung nach Paris.

(Fortsetzung folgt.)

gen und Unterdrückung deutscher Stämme sollen verwirklicht werden. Diese phantastischen Pläne wollen sie erreichen durch Zertrümmerung unserer Volkswirtschaft. Nie und nimmer wird es unseren Gegnern gelingen, das Ruhrgebiet zu ihrer wirtschaftlichen Beute und die Männer, die seine Werte geschaffen haben und unterhalten, zu ihren Sklaven zu machen. Der Reichspräsident schloß mit Worten des Dankes an die Kämpfenden an Rhein und Ruhr und der Zuversicht in den Ausgang dieses Kampfes um das Recht.

*

Eine dritte Wahlniederlage der britischen Regierung.

London, 8. März. Bei der Ersatzwahl zum Unterhaus erlitt die britische Regierung am Dienstag eine dritte Niederlage, indem auch in Liverpool der Regierungskandidat vom Arbeiterkandidaten geschlagen wurde. Man hält es in Londoner politischen Kreisen für möglich, daß in der Zusammensetzung des Kabinetts Bonar Law Aenderungen eintreten werden. Das Kabinett besitzt gegenwärtig im Unterhaus noch eine Mehrheit von 65 Stimmen. Die Arbeiterpartei verfügt nun über 148 Mandate.

—(⊙)—

Parlamentarisches.

Karlsruhe, 7. März. In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses fand zunächst eine Aussprache über die Lage im besetzten badischen Gebiet, sodann über einen Vertrag zwischen Staat und Stadtgemeide Baden-Baden über Abtretung von Gelände, das dem Staat in Baden-Baden gehört, an die Stadtgemeinde; es handelt sich um Straßengelände und Teile der Kuranlagen. Die Badanstalten und das Kurhaus stehen im Eigentum des Staates. Der Staat gibt das Eigentum an Straßenkörpern an der Lichtentaler Allee, Waldgelände und das alte Theater an die Stadt und erhält dafür die Befreiung von den viele Millionen Mark jährlich betragenden Unterhaltungskosten der Kuranlagen. Der Vertrag wird einstimmig genehmigt.

Als zweiter Gegenstand wird die Förmliche Anfrage Hofheinz über die Notlage der beschäftigungslosen Volksschulkandidaten und -Kandidatinnen behandelt. Die Berichterstatterin Frl. Abg. Beyerle erörtert die ganze Notlage der Kandidaten in Ursache und Wirkung. Von Regierungsseite wird ausgeführt, daß die Unterlagen für eine endgültige Beschlußfassung noch nicht alle eingegangen sind. Von einem Zentrumsredner wird dem beigestimmt und darauf hingewiesen, daß schon jetzt der Neuzugang zu den höheren geistigen Berufen, namentlich vom Lande und in kleinbürgerlichen und Arbeiterkreisen sehr gering ist. Darin liege eine große Gefahr für die Kulturhöhe des deutschen Volkes. Der Minister tritt dem Bedenken bei und legte dar, daß die jetzige Ueberfüllung in den anderen Berufen vielerorts auch zu großen Notständen geführt habe. Von einem demokratischen Redner werden Anträge zur Abstellung bestehender Not als Uebergangsmaßnahmen vorgeschlagen. In diesem Zusammenhang wird auch auf die Notlage der nicht in den Staatsdienst übernommenen Lehramtspraktikanten hingewiesen. Von einem sozialdemokratischen Redner wird gewünscht, daß keine Schulklassen infolge des Geburtenrückgangs aufgehoben werden sollen. Die ganze Frage soll nun zuerst auf Grund der einverlangten Erhebungen in einem besonderen Unterausschuß behandelt werden.

—(*)—

Kirchliche Nachrichten.

Mörsch, 6. März. Vom 1. bis 3. März hielt Pater Sigismund, vom Kapuzinerkloster Waghäusel, ein Triduum mit Abendpredigten. In dankenswerter Weise behandelte der hochw. Herr Prediger das Thema: Wiederaufbau der christlichen Familie. Einen feierlichen Abschluß fand das Triduum, während dessen auch ein großer Eifer im Sakramentenempfang herrschte, durch die Predigt im Amt am Sonntag über die Nachfolge Christi und durch die Feier am Nachmittag: Jesus Christus ist unser Gott und unser Heiland; er wird aber auch einst unser Richter sein. Um in ihm einst einen gnädigen Richter zu finden, gelobten wir ihm unsere Treue durch die feierliche Familienweihe an das heiligste Herz Jesu, dessen Bild herrlich über dem Tabernakel thronte. Mögen alle, die sich beteiligt haben, ihrem Votum ans heiligste Herz Jesu treu bleiben!

—(⊙)—

Chronik.

Baden.

Durmersheim, 6. März. Wir erhalten folgende Zuschrift:

„Acht Tage war der Frosch recht krank, jetzt quakt er wieder, Gott sei Dank." An diesen etwas abgeänderten Vers aus Wilhelm Busch habe ich denken müssen, als ich in Nr. 54 vom Volksfreund (5. März) die Antwort des Herrn Unterlehrers Speckert auf meine am 24. Februar erschienene Erklärung las. Nun bin ich allerdings nicht der Meinung, daß die Welt ein großes Interesse an den unfertigen, unverdauten Anschauungen des Hrn. Speckert hat, aber unter Berücksichtigung der hiesigen Verhältnisse greife ich noch einmal zum Wort. Was stellt nun Herr Speckert fest?

Die in Durmersheim veranstalteten Kurse seien dem Herrn Pfarrer doch auf die Nerven gegangen. Ja und wie! Ich schäme mich z. B. für die großen gläubigen Forscher, daß jetzt auf einmal durch die Gelehrsamkeit der jugendlichen Forscher Speckert u. Cie. ihre ganze Lebensarbeit umgeworfen wurde. Andererseits freue ich mich aber auch, daß endlich im Jahre 1923 durch die Bemühung desselben jugendlichen Gelehrten dem „dummen Volk" klar gemacht wurde, daß „die Kluft zwischen Mensch und Tier nicht so groß ist, wie oft fälschlicherweise angenommen wird". Er stellt weiter fest: für die brutale Unduldsamkeit der Kirche zeugt die Geschichte. Ist das wahr? Wenn man mit den Scheuklappen ungläubiger Voreingenommenheit die Sache betrachtet und die wahren Resultate der Forschungen außer acht läßt, dann allerdings. Von diesen „Forschern" sagt aber der Botaniker Reinke: „Es gibt ein ungläubiges Pfaffentum, unduldsamer als jedes andere. Nach meiner Ueberzeugung ist gerade der Unglaube mit einer vorurteilslosen Naturforschung unvereinbar. Er scheint mir auf der Flucht vor einer unerwünschten Lösung des Welträtsels, auf einer bis ins Krankhafte gesteigerten menschlichen Ueberhebung zu beruhen!" Eine andere Feststellung ist die, daß Speckert in zwei Fällen unter meiner „gütigen Mitwirkung bezw. Veranlassung disziplinarisch behandelt worden" ist. Wie steht es hier? Die eine Untersuchung wegen der Affentheorie geschah nicht allein mit meiner gütigen Unterstützung, sondern die ganze Schulkommission, einschließlich der sozialdemokratischen Mitglieder, war von der gleichen „Güte" beseelt. Das andere mal bat ich das Ministerium um Untersuchung, ob Herr Speckert wirklich in der Schule die Existenz Christi geleugnet habe. Dieses Recht lasse ich mir nicht nehmen, auch von einem Herrn Speckert nicht. Oder wäre es vielleicht besser gewesen, wenn ich seinem Beispiele folgend eine öffentliche Zeitungsfehde veranlaßt hätte? Was sodann das Resultat der Untersuchung betrifft, so meint er, daß meine Angaben mit den festgestellten Tatsachen nicht übereinstimmen. Stimmt das? Wahr ist allerdings, daß Sp. die vorgebrachten Beschwerden wegleugnete, aber ebenso wahr ist auch, daß gegen ihn im Januar d. J. vom Ministerium ein Verweis ausgesprochen wurde und daß das Kreisschulamt schon im Mai 1921 ihm gegenüber betonte, „daß unsere Simultanschule nicht der richtige Platz sein dürfte, Theorien und „neuere Forschungen" der Wissenschaft, die von 13- und 14jährigen Kindern nicht verstanden werden können, vorzutragen" und daß ihm ernstlich nahe gelegt wurde, „im Unterricht nur bewiesene Tatsachen und Wahrheiten beizuziehen". Wie stimmen diese zwei Tatsachen mit seiner Behauptung überein? Herr Speckert frägt dann, warum ich denn kein Wort bringe über die Bespitzelung durch Herrn Kaplan Schmid. Nun, ich habe das getan, weil Herr Schmid seine Sache selbst verfechten wollte, er aber infolge Erkrankung bis jetzt daran gehindert ward. Aber andererseits meine ich auch, Herr Sp. sollte sich über die Bespitzelungen nicht so sehr aufhalten; denn wer im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen um sich werfen.

Auf weiteres will ich nicht eingehen. Doch eine Feststellung muß auch ich machen: in meiner Erklärung vom 22. v. M. verlangte ich klare bestimmte Beweise für die Beschuldigung, daß sich der Haß der Herrn Pfarrer gegen die Leiter der Kurse, besonders gegen ihn gerichtet habe. Hierauf gibt er keine Antwort, er kneift aus und drückt sich mit einigen nichtssagenden Feststellungen um die ganze Sache herum wie die Katze um den heißen Brei. Damit Schluß! Lehmann, Pfarrer.

" Stupferich, 5. März. Vor kurzem fand im Gasthaus zum „Lamm" eine gut besuchte Zentrumsversammlung statt, in welcher Herr Gewerbelehrer Linz über die gegenwärtige Lage im Reich berichtete. Der Vortrag, der den Zuhörern manches Neue brachte, fand lebhaften Beifall und die Sammlung für das Parteisekretariat ergab über 4000 Mk.

:- Rastatt, 7. März. Ein Spielernest ist am Sonntag früh in einer hiesigen Wirtschaft von der Polizei ausgehoben worden. 13 Personen aus verschiedenen Ständen gehörten der Spielgesellschaft an. Die Personen hatten vom Samstag abend bis Sonntag früh 6 Uhr dem Spiel gehuldigt. Nach ihrer Vernehmung begaben sich drei der Beteiligten sofort in die Wirtschaft zurück und spielten weiter. Einer dieser Spieler, ein Kaufmann aus Wurlingen wurde wegen Verdachts des gewerbsmäßigen Glücksspiels verhaftet.

Acht Milliarden für Düngemittelbezug.

Vor einigen Tagen hat der Badische Staat dem dringenden Wunsch der Landwirtschaft entsprochen und die Bürgschaft für 8 Milliarden Mark zur Beschaffung von Düngemitteln, Saatgut (Saatkartoffeln) und Rebschädlingsbekämpfungsmitteln übernommen. Die Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung ist für jedermann von größtem Interesse. Leider stellen sich nach Mitteilung der Bad. landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft Karlsruhe einer rechtzeitigen Versorgung mit Kunstdünger immer mehr Schwierigkeiten in den Weg. Einmal steigen die Preise von Monat zu Monat ganz ungeheuer, zum anderen wird der Bezug von Tag zu Tag schwieriger. Stickstoff- und Kalidünger sind im Februar sehr teuer geworden. Ab 1. März hat auch Thomasmehl eine gewaltige Preissteigerung erfahren. Das Kilogramm Phosphorsäure kostet 1400 Mk. Durch die Abschnürung des Ruhrgebiets und sonstiger Schwierigkeiten ist in nächster Zeit mit Thomasmehllieferungen kaum zu rechnen.

Aus andern deutschen Staaten.

Bedeutende Neuerscheinung im innerdeutschen Luftverkehr.

J.M. Friedrichshafen, 28 Febr. Bei Flügen von Berlin nach Leipzig anläßlich der Leipziger Messe wird von der Aero-Lloyd-Gesellschaft Berlin das derzeit modernste Dornier-Ganz-Metallflugzeug „Komet" verwendet, dasselbe Flugzeug, daß Ende Dezember v. J. als erstes deutsches Verkehrsflugzeug nach dem Kriege auf englischem Boden gelandet hat und das damals naturgemäß in Fachkreisen wie im Publikum größte Bewunderung erregte. Besonders fiel die Tatsache auf, daß man mit einem Motor von nur 180 PS. 6 Personen mit reichlich Gepäck und Betriebsstoff für mehrere Stunden Flugdauer durch die Luft befördern kann, eine Leistung, zu der man bis jetzt in England und Frankreich noch 400—500 PS. braucht. Das Flugzeug mit seinem metallenen Glanze wird von jedermann auf den ersten Blick als Ganz-Metallflugzeug erkannt. Seine massiv gedrungenen Formen lassen schon äußerlich auf die große Festigkeit und Dauerhaftigkeit schließen, welche dem Dornier-„Komet" durch seinen Bau aus Stahl und Duraluminium verliehen wird.

Einigung im Kölner Zeitungsgewerbe.

Köln, 8. März. Nach langwierigen Verhandlungen ist es schließlich gelungen, eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Buchdruckereigewerbe zu erzielen. Im Hinblick auf die schweren politischen Folgen, die aus einem Nichterscheinen der Zeitungen entstehen können, ist den Forderungen der Buchdrucker im wesentlichen entsprochen worden. Die Kölnische Zeitung und die Kölnische Volkszeitung sind bereits wieder erschienen.

Druck auf die Preise.

Gegenüber mehrfach in der Presse geäußerten Zweifeln, daß es möglich sein werde, den durch die Markbesserung eingeleiteten Preisabbau erfolgreich weiter durchzuführen, muß, so wird offiziös gemeldet, mit allem Nachdruck betont werden, daß die Reichsregierung den beschrittenen Weg entschlossen weiter verfolgt. Eine Erhöhung des Brotpreises wird nicht eintreten, ebensowenig eine Erhöhung der Frachttarife auf den Reichsbahnen, wie der Kohlenpreise. Die Preise für Düngemittel sind um 10 v. H. herabgesetzt worden und mit einer weiteren Verbilligung ist zu rechnen. Für den durch öffentliche Mittel geförderten Wohnungsbau ist eine Senkung der Baustoffpreise vorgesehen. Es ist zu hoffen, daß der mit der Festigung der Mark eingetretene Preisrückgang der Einfuhrwaren nach und nach zur Auswirkung auf allen Märkten gelangen wird.

Beginnende Preisstabilisierung.

Halle a. S., 8. März. Der Gastwirteverband beschloß, den von den Brauereien festgesetzten Bierpreis von 60 000 Mk. pro Hektoliter abzulehnen und nur 40 000 Mk. zu bewilligen. Sie begründen dies damit, daß augenblicklich eine Stabilisierung der Preise eingetreten sei und der Dollar stark gefallen sei.

Zentrumspartei Mittelbaden.

Die geplante Gemeindevertreterkonferenz muß wegen eingetretener politischer Verhältnisse nochmals verschoben werden.

Karlsruhe.

Kundgebung der Badischen Erwerbsstände zur Preisgestaltung.

Die in der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände, Abteilung Baden, zusammengeschlossenen Organisationen von Industrie, Handel, Landwirtschaft und Handwerk, erklärten in einer zahlreich besuchten Versammlung, die vor einigen Tagen in der Handelskammer Karlsruhe stattfand, in eindrucksvoller Weise einstimmig ihre Bereitschaft, der Verbraucherschaft bei Festsetzung der Warenpreise in weitmöglichster Weise entgegenzukommen. Sie sind mit den Erlassen des Ministeriums des Innern und des Generalstaatsanwalts einig in der Notwendigkeit schärfster Bekämpfung jeder wucherischen Ausbeutung der Verbraucher. Es herrschte aber auch einmütige Entrüstung über die Vorwürfe und Kränkungen in den Erlassen, die allgemein gegen den Handel und insbesondere den Einzelhandel ohne vorherige sachliche Prüfung und Anhörung der berufsmäßigen Vertretungen des Handels zu Unrecht erhoben wurden. Mit stärkstem Nachdruck wird die Forderung erhoben, daß vor solchen schwerwiegenden Eingriffen der Behörden in das Wirtschaftsleben die gesetzmäßigen und sachverständigen Vertretungen von Industrie und Handel, insbesondere die Handelskammern, gehört werden, um Mißgriffe der Behörden zu verhüten. Es wurde darauf hingewiesen, daß zu den Preissteigerungen in hohem Maße auch die gewaltigen Tarif- und Preissteigerungen, sowohl der staatlichen als auch der städtischen Verkehrsanstalten und Unternehmungen beitragen, wobei die ungeheuren Preisforderungen bei staatlichen Holzverkäufen als Beispiel besonders hervorgehoben wurden.

Es herrschte volle Uebereinstimmung, daß die Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens bei fortdauernd veränderlichem Geldwert nur gesichert bleiben kann, wenn für die Preisbemessung der Waren der Wiederbeschaffungspreis zu Grunde gelegt wird. Selbstverständlich darf der Wiederbeschaffungspreis nicht nur bei steigenden Preisen gefordert werden, sondern auch in gleicher Weise bei fallenden Preisen. Auch diese Grundsätze wurden von allen anwesenden Versammlungsteilnehmern anerkannt und deren Befolgung zugesagt. Des Weiteren wurde die Forderung erhoben, daß gegen die Entscheidungen der Wuchergerichte eine Berufungs-Instanz eingeführt wird und daß bei allen Erhebungen der Wuchergerichte auch tatsächlich Sachverständige gehört werden, deren Urteil entsprechend bewertet wird.

N.A. Städt. Bücherei und Lesehalle. Um berufstätigen Kreisen bessere Möglichkeit zum Besuch des Lesesaals zu geben, ist die Oeffnungszeit ab 5. 2. 23 von Montag bis Freitag auf abends 8 Uhr verlängert worden. Samstags bleibt dieselbe von 3—7 Uhr bestehen.

‡ **Zur Feier des 25jährigen Bestehens der Turnerinnen-Abteilung** des Karlsruher Männerturnvereins fand am Sonntag in der Zentralturnhalle ein Schauturnen der Turnerinnen und der Jugendturnerinnen statt, das glänzende Proben von der vorzüglichen Pflege des Frauenturnens im Männerturnverein ablegte. Uebungen mit Hantel, an Ringen, Pferd, Barren, Reck und Rundlauf, sowie Laufübungen und Freiübungen und Reigen boten in reicher Abwechslung einen Einblick in die neue Methode Groß-Leipzig, die nicht nur der Körperkräftigung, sondern auch der Schönheit und Anmut dient. Oberturnwart K. W. Maier leitete die Uebungen, während Frl. Schneider am Klavier den rhythmischen Schwung angab. Als Vertreter des Kultusministeriums wohnte Herr Ministerialrat Dr. Huber, als Vertreter der Stadt Herr Oberbürgermeister Dr. Finter der Veranstaltung bei, die zugleich in schlichtem turnerischen Rahmen eine Feier des Jubiläums war. In einem sinnigen von Frl. Joh. Weber gedichteten Prolog kam der Dank der Turnerinnen an den Oberturnwart K. W. Maier zum Ausdruck, der seit 25 Jahren den Turnunterricht der Damenabteilung leitete. Herr Regierungsrat Prof. Broßmer hielt die Festansprache, in welcher er den Geist hervorhob, der das Frauenturnen beseele, als dessen Hauptmerkmale er Gemüt, Treue und Fleiß bezeichnete. Die Pflege des Geistes selbstloser Betätigung im Dienste der Nächstenliebe steckte er als würdiges Ziel, zu dem Vorbilder den Weg erleichtern. Als ein solches Vorbild feierte er den Oberturnwart K. W. Maier, der von Anfang an die Einzelnen zu einer Geistesgemeinschaft in feiner geistiger Weise zusammenfaßte. Die Turnerinnen-Abteilung wurde am 17. September 1897 mit 7 Turnerinnen gegründet. Seit 1902 trat eine von Frl. Joh. Weber geleitete Mädchenabteilung dazu und im Juni d. J. die Jugendturnerinnen-Abteilung. Zur Zeit zählt der Verein 243 Mädchen und 295 Turnerinnen. Am Abend fand im Gemeindehaus in der Blücherstraße ein Festakt statt, dessen Reinertrag wie auch das Ergebnis einer Sammlung in der Zentralturnhalle dem Kinderkrankenhaus zugute kam. Der Turnerinnen-Abteilung wünschen wir nach innen und außen ein weiteres Blühen und Gedeihen!

:: **Der große Stoffdiebstahl** in der Nacht zum 24. 2. 23 in der Waldstraße, wobei für über 50 Millionen Ware erbeutet wurde, konnte durch die Kriminalpolizei aufgeklärt werden. Als Täter wurde der 24 Jahre alte Schlosser Fritz Goerke aus Berlin, der 27 Jahre alte Rohrleger Paul Jordan aus Feyerland, ersterer hier, letzterer in Berlin festgenommen. Die Täter haben die Stoffe mit einem Handwagen vom Tatort nach einem Haus in der Bürgerstr. zu einem Kaufmann verbracht und ein Teil davon nach Berlin mitgenommen, um sie abzusetzen. Sämtliche Stoffe konnten beschlagnahmt und dem Eigentümer ausgehändigt werden. Der Kaufmann, seine Ehefrau, eine Dienstmagd aus Wall, sowie ein Schreiner von hier sind wegen Begünstigung verhaftet worden. Die beiden Täter sind auch überführt, in einem Geschäft in der Adlerstraße hier zwei schwere Einbrüche verübt zu haben, wo ihnen Ware im Werte von einigen Millionen in die Hände gefallen sind, eine Schreibmaschine sowie Medikamente konnten wieder beigebracht werden.

Das Zollamt Maxau nicht besetzt.

Die Meldung, das Zollamt Maxau sei von den Franzosen besetzt worden, ist nicht richtig. Es sind dort zwar wegen des Quartiers französische Soldaten eingetroffen, aber die deutschen Beamten besorgen nach wie vor ihren Dienst, ohne gestört zu sein.

(Die an anderer Stelle unserer Zeitung gebrachte Nachricht ist darnach richtig zu stellen. D. Schr.)

Handel — Wirtschaft — Verkehr

Die Leipziger Messe.

Leipzig, 7. März. (Frkf. Ztg.) Nach der allgemeinen Unlust des zweiten Messetages trat am Dienstag ein auffallender Tendenzumschwung in die Erscheinung. Die Einkäufer gaben ihre Reserve auf, nachdem die Aussteller dazu übergegangen waren, ihre Preise zu reduzieren. So waren denn am dritten Messetag bis 40prozentige Preisnachlässe zu konstatieren. Diese Tatsache bewirkte, daß allgemein Bedarfskäufe einsetzten.

Berlin, 7. März. (Börsenstimmungsbild.) Die gestrige Rede des Reichskanzlers wirkte auf die Börse, obwohl sie an sich nichts neues brachte, immerhin beruhigend, umso mehr als sie die am letzten Börsentage im Umlauf befindlichen wilden Gerüchte widerlegte. Da eine gewisse Widerstandsfähigkeit nicht zu erkennen war, so zeigte doch die Effektenbörse zu Beginn eine überwiegend schwächere Haltung, abgesehen von einigen Spezialwerten, die einige Erhöhungen durchsetzen konnten.

Karlsruher Börse. 7. März 1923. Die Besetzung des hiesigen Hafens hemmt das Geschäft fast vollständig. Der Besuch ist trotzdem ein ziemlich starker. Abschlüsse kommen nur selten zustande. Die nominellen Forderungen lauten: Weizen 98—105 000, Roggen 92—95 000, Gerste 85—87 000, Kleie 55—60 000, Weizenmehl Mühlenforderung 175 000, Weizenmehl zweihändig 150- bis 160 000, Roggenmehl Mühlenforderung 150—160 000, Roggenmehl zweihändig entsprechend billiger. 1922er Weißweine Natur 800—1000 per Liter, verbesserte 1922er Weißweine 1200 per Liter, 1922er Rotweine gedeckt und verbessert ca. 2400 per Liter, Schwarzwälder Kirschwasser 50proz. 78—8800 per Liter, Bad. Zwetschgenwasser 50proz. 65—7500 per Liter, Tee und Kaffee gegenüber dem letzten Börsenbericht unverändert.

Dollar 7. 3. 7 Uhr abds. 20550.—

Amtliche Berliner Devisenkurse, 7. 3. 23.

	Geld	Brief		Geld	Brief
Amsterdam	8179 50	8220.5[illegible]	panien	3304.46	3320.54
Brüssel	1087.27	1092.7[illegible]	Deutsch-Oesterr.	28 17	28.43
Kristiania	3780.52	3799.4[illegible]	rag	611.46	614.54
Kopenhagen	3969 70	3979.3[illegible]	Budapest	6 70	6 74
Stockholm	5516.17	5543.8[illegible]	uenos Aires	7690.72	7729.28
Helsingfors	575.30	578 70	Sofia	117 95	118 05
Italien	982 53	987 4[illegible]	Tokio	9875.25	9924.75
London	97755.—	98245.—	Rio de Janeiro	2319.18	2330.82
New-York	20526 31	20726.69	Warschau	48.—	—
Paris	1246.87	1253 13	Rumänien	93.—	—
Schweiz	3837.88	3857.12	Jugoslawien	109.47	110.53

Ohne Gewähr! **Frankfurt** Ohne Gewähr!

	5. 3. 23	7. 3. 23		5. 3. 23	7. 3. 23
Bad. Bank	15 000	15 000	Gebr. Fahr	—	—
Darmst. Bank	7 150	6 100	Licht u. Kraft	15 500	15 200
Deutsche Bank	19 400	18 000	Els.-Bad. Wolle	27 000	23 000
Diskonto-Komm.	10 000	8 500	Essl. Masch.	13 000	10 000
Dresd. Bank	6 300	5 500	Felten u. Guill.	29 500	24 000
Oest. Kred.-Anst.	9 050	8 510	Frankf. Pokor.	12 300	9 000
Rhein. Kred.-Bank	—	4 000	Waggon Fuchs	10 500	9 500
Südd. Disk.-Ges.	7 000	6 400	Gritzner	40 000	33 000
Wiener Bankv.	6 600	5 900	Gummipeter	10 000	8 500
Deutsch.-Lux.	74 000	55 000	Haid u. Neu	22 000	16 000
Gelsenk. Bergw.	69 000	52 000	Hanf Flössen	25 000	19 000
Harp. Bergb.	12 000	107 000	Hedd. Kupfer	11 200	9 500
Kali Westerr.	35 000	31 500	Hoch u. Tief.	9 400	7 000
Riebeck Montan	120 000	100 000	Höchster Farben	21 200	18 100
Salzw. Heilbr.	82 000	71 000	Hofmann	7 500	8 550
Adler Kleyer	8 100	7 500	Junghans	16 200	12 100
A. B. G	13 500	12 600	Kamm g. Kaiserl.	21 000	17 000
Anglo Guano	17 500	145 000	Karlsr. Masch.	10 500	13 000
Badenia	14 000	10 500	Lahmeyer	21 000	19 000
Bad. Anilin	23 250	24 000	Pfälz. Näh. Kays.	9 600	9 600
Bad. Durlach	15 100	15 000	Reinfiser Gebb.	11 000	10 000
Uhren Furtw.	19 000	18 500	Rh. Elektra	16 000	15 200
Bergmann	34 000	31 500	Rütgers.	29 000	20 200
Bingwerke	11 100	9 300	Schnellpr. Frank.	17 000	11 000
Zement Heidelb.	14 000	12 100	Schuckert	41 000	35 000
Chem. Griesheim	25 500	17 400	Schuh. Herz.	10 000	5 500
Daimler	7 500	8 000	Sichel	9 500	8 300
Dt. Eisenhandel	20 250	17 500	Siemens Halske	62 000	47 000
Wayss u. Freytag	11 000	9 200	Kons. Braun	6 000	5500
Zellstoff Waldh.	20 000	17 000	Krauss & Co.	13 500	—
Zucker Wagh.	11 000	10 000	Mainkraft	6 000	8 100
Zucker Frankthl.	10 250	10 000	Maguin	20 000	17 000
Zucker Heilbronn	12 000	10 000	Moenus Masch.	8 800	7 100
Zucker Stuttgart	12 600	10 000	Motoren Deutz	30 000	24 000
Hapag	40 000	32 000	Oleawerke	24 000	18 750
Nordd. Lloyd	21 600	17 000	Rh. Metallw.	20 000	15 000
Benz	—	12 000	Schuh. Berneiss	11 200	11 100
Buderus	27 500	26 000	Uhren Furtw.	10 200	—
Eisenw. Kaiserl.	13 900	10 000	Voigt & Häffner	11 500	10 200
Elberf. Farben	22 000	20 000	Zucker Rheingau	—	11 000
Elektr. Lief.	9 000	8 500	Stahlw. Becker	14 500	12 000
Emag	6 600	6 000	Stoeckicht Gum.	6 000	7 200
Ettl. Spinnerei	58 000	44 000			

Berlin.

	5. 3. 23.	7. 3. 23.		5. 3. 23.	7. 3. 23
Hapag.	33000	31000	Oberbedarf	34000	27000
Lloyd	20500	16500	Oberschl. Caro	26000	23000
Dt. Bank	20000	20000	Orenstein	25100	24000
Dresd. Bank	6500	6500	Rh. Stahl	52700	47000
A.-G. für Anilin	21000	19500	Rhenania	23400	—
Berger Tiefb.	8900	9000	Sachsenw.	13750	15000
Bremer Linol.	34511	29000	Sarotti	6100	10100
Dt. Alt. Tel.	20000	18250	Scheidemandel	36500	31000
Dt. Lux	75000	58500	Sinner	10100	10100
Dt. Waff.	86750	79000	Te eph. Berlin	9000	7000
Dt. Wolle	15000	15100	Ver. Stahl Zypen	300000	200000
Dyn. Nobel	20500	17500	Zellstoff Verein	11600	11000
Elberf. Farben	23000	20000	Zellstoff Waldh.	21000	16500
Gaggenau	19000	18500	Otavi Minen	171450	130000
Gelsenk. Bergw.	60000	55500	Kosmos	47000	40000
Germ. Zement	20500	19500	Dt. Masch.	14000	15000
Ges. f. el. Unter.	11500	11200	Goedhardt	65000	65000
Hannov. Waggon	20000	17500	Hartmann	12500	12000
Harpener	121000	105000	Lindström	23000	24000
Hoesch	62250	62000	Lingelschuh	9000	6000
Karlsr. Masch.	8000	12750	G. Lorenz	11500	12000
Kollm.-Jourd.	38000	32000	Mansfelder	22000	19100
Köln Rottw.	23100	19800	Maximiliansau	19000	14000
Laurahütte	29750	23500	Mix u. Genest	11500	12500
Leopoldsgrube	27000	26800	Salzdetfurt	35500	34500
Lindes Eism.	12500	13500	Stöhr	130000	95000
Linke Hofm.	16100	15500	Thüria Oel	22000	18100
Maglirus	9500	8700	Neuguinea	13000	18000
Mech. Lind	12000	13000	Pomona	325000	300000
			Teichgraber	10000	—

Für Ruhrhilfe u. besetztes mittelbad. Gebiet.

Bisher 741 000 Mk. S. 500 Mk., K. Philipp, hier (2. Spende) 10 000 Mk., Ungenannt 500 Mk., Hptl. Ed. Schäfer, Horben 3000 Mk. Dr. E. B. 10 000 Mk., K. Wurithorn 300 Mk., Fink, Karlsruhe 1000 Mk., Kath. Jugendverein Walldürn 10 000 Mk., Schm. 5000 Mk. Zusammen 781 300 Mk.

Wir bitten dringend um weitere Gaben.

Die Geschäftsstelle des Bad. Beob., Adlerstraße 42.

Karlsruher Standesbuch-Auszüge.

Todesfälle. 5 März: Henriette Sickinger, ledig, alt 36 Jahre. — 6. März: Georg, alt 4 Monate 23 Tage, Vater Gust Schaaf, Masch.-Former.

Voraussichtliche Witterung bis Freitag, den 9. März, nachts: Zunächst noch überwiegend wolkig, zeitweise noch Niederschlagsschauern bei böigen westlichen und nordwestlichen Winden, dann für kurze Zeit aufheiternd und tagsüber etwas wärmer.

Wasserstände des Rheins am 8. März: Schusterinsel: 160 (gest. 1), Kehl: 294 (gef. 13), Maxau: 500 (gef. 16), Mannheim: 452 (gef. 24).

Deutschland, Deutschland über alles!

„Deutschland, Deutschland über alles"
Ueber alles deutsche Ehr',
Ueber alles deutsche Treue
Deutsche Sitte hoch und hehr!
Laßt es steigen durch die Gassen
Unser Lied vom deutschen Land,
Hat das Glück uns auch verlassen,
Deutsch sind wir mit Herz und Hand.

Auch im Leid soll nie verstummen
Unser alter, lieber Sang,
„Deutschland, Deutschland über alles"
Unser ganzes Leben lang.
Mag der Hunger uns verzehren
Und erdrücken uns der Schmerz,
Mag der Feinde Macht uns beugen,
Treu dem Deutschtum bleibt das Herz.

Mögen wir in Knechtschaft stöhnen,
Nie verklinge unser Lied.
Mögen es die Feinde höhnen,
Uns erheb es das Gemüt!
Und — soll einst die Stunde schlagen
Die uns bringen soll das Recht —
Muß das Lied ein Erbe werden,
Unserm künftigen Geschlecht.

„Deutschland, Deutschland über alles,
Ueber alles in der Welt,
Wenn es stets zum Schutz und Trutze
Brüderlich zusammenhält!"
Darum laßt es singen, klingen,
Daß es jedes Herz durchglüht,
Zukunftssegen muß es bringen
Unser schönes, heil'ges Lied!

Freiburg i. Br. A. Zimmermann.

—(*)—

Karlsruher Bürgerausschuß.

W. Karlsruhe, 6. März.

Zu Beginn der heutigen Sitzung ergriff Oberbürgermeister Dr. Finter das Wort zu folgendem

Protest gegen die Besetzung des städtischen Rheinhafens.

Er führte aus: Seit unserer letzten Sitzung sind Ereignisse eingetreten, die uns alle mit tiefster Empörung erfüllen. Französische Truppen haben leider wieder deutsches Gebiet besetzt, darunter leider auch unseren städtischen Rheinhafen. Mit dem ganzen deutschen Volke sind wir einig in der Zurückweisung dieses Unrechts und wir legen feierliche Verwahrung ein gegen diesen Gewaltakt. (Lebhafte Zustimmung.)

Hierauf wird die

Beratung des Nachtrags zum Voranschlag

fortgesetzt.

Stadtv. Dr. Frommherz (W. V.) verbreitet sich über die Gutswirtschaft, bei der nur scheinbare Ueberschüsse erzielt worden seien. Der Kassenbetrieb des Krankenhauses könne vereinfacht werden. Finanziell sind die Gemeinden so sehr in die Abhängigkeit von Staat und Reich gelangt, daß von einer Selbstverwaltung nicht mehr die Rede sein könne. Nur Grund- und Betriebsvermögen sind in der Gemeinde belastet und zwar ungerecht belastet. Die Erhebung der Steuern vom Mieter habe Schwierigkeiten, es sei anders als bei der Wohnungsabgabe. Daraus ergebe sich eine unbillige Belastung des Hausbesitzes. Die Wirtschaftl. Vereinigung hat erhebliche Bedenken gegen diesen Voranschlag wegen mangelnder Sparsamkeit und der verfehlten finanziellen Steuerveranlagung. Wir lehnen daher den Nachtrag ab. Andere Vorschläge zu machen, ist Sache der Stadtverwaltung

Oberbürgermeister Dr. Finter: Die Beanstandungen des Vorredners an der Gutswirtschaft stammen von einem Herrn, der die Gutshöfe pachten wollte. (Aha!) Die Nichtaberntung von Hafer ist in der Höhe von 800 Meter öfters anzutreffen infolge des schlechten Wetters. Bezüglich der Seuche wird eine Kommission sich nächste Woche auf die Höfe begeben. Die Abmolkereiwirtschaft wurde eingeführt, um Milch zu bekommen. Auf die Milch kommt es uns an, nicht auf den Gutsbetrieb. Sobald wir anderwärts mit Milch versorgt sind, werde er der erste sein, der die Abstoßung der Gutshöfe befürwortet.

Stadtv. Dietrich (Dnatl.): Der Fehlbetrag ist 468 Millionen. Es ist ein Unding, einen Voranschlag zu bringen, der überholt ist. Die Grund- und Gewerbesteuer verstoße gegen die Weimarer Verfassung. Ein Wunsch des Hausbesitzers geht dahin, die Steuer direkt beim Mieter zu erheben. Er verstehe nicht, daß man bis zum 1. Oktober damit warten wolle. Außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche Maßnahmen. (Zurufe: Und Opfer!) Es sei ein Unding, heute alles nachzuholen, was früher versäumt wurde. Durch das Gewerbesteuergesetz werde das Betriebsvermögen weggesteuert. Wir werden die Deckungsfragen ablehnen. Redner kritisiert die mangelnde Sparsamkeit. Die Gerichtsbarkeit müsse ihre Kosten aufbringen. Für das Hochbauamt seien 10 Millionen vorgestellt, das sei zu viel. Die Gutshöfe rentieren nur, weil sie höhere Preise für die Milch bekommen. Falsch ist es, den Gas- und Strompreis rückwirkend zu erheben. Er begrüße die Errichtung eines Altersheims. (Stadtv. Förster: Lehnen Sie auch dafür die Mittel ab?) Nein! Aber ich verlange gleiche direkte Steuern dafür. Die Warenmesse sei abzuschaffen. Die Wohnungsnot könne nur beseitigt werden, wenn die Zwangswirtschaft abgebaut werde. Der Grund- und Hausbesitz werde mit Gewalt zu Grunde gerichtet. Wer das duldet, versündigt sich am deutschen Nationalvermögen.

Stadtv. Dr. Frey (Dem.): Der Voranschlag sei unerfreulich, seine Partei werde ihn aber nicht ablehnen. Wir müssen darnach streben, der Frankenschuld gerecht zu werden. Da sind die Abgaben nicht zu groß. Man sollte einen Bund zum Schutz der Stadt bilden. Er könne der Stadtverwaltung nicht die Vorwürfe machen, wie die Vorredner. So lange die Milchversorgung so schlecht ist, ist es ein Risiko, die Gutshöfe abzustoßen. Er stimme dem Oberbürgermeister bei, daß die Höfe sobald als möglich abgegeben werden; von der Ferne können sie nicht gut verwaltet werden. Die Klagen des Hausbesitzes sind zum guten Teil berechtigt; wenn aber behauptet wird, der Hausbesitz könne die Umlage nicht tragen, so ist das eine falsche Folgerung. Beim Einzug müsse man vorsichtiger sein; auf einmal sollten sie sie nicht bezahlen müssen, um sie nachher in 12 Raten wieder vom Mieter zu erheben. Geld im Ueberfluß habe nur die Jugend; für sie sollte man die Einkommensteuer erhöhen. Wer die erhöhte Steuer bezahlt, sollte später Anrecht auf eine Wohnung haben. Die Deutsche Volkspartei habe früher den Voranschlag nicht abgelehnt. (Stadtv. Bauer: Sie haben gelernt! Zuruf: Man kann auch etwas Schlechtes lernen!) Mir scheint: Rechter Hand linker Hand, beides vertauscht! Wenn die Mehrheit nein sagen würde, was dann? (Zuruf rechts: Dann käme ein anderer Voranschlag!) Nein! Es handelt sich um Summen, die bereits ausgegeben sind. Die Stadt wäre nicht mehr in der Lage, ihre Arbeit fortzusetzen, Als Geste der Unzufriedenheit sei die Ablehnung zu verstehen, nicht aber als Verantwortung! Wir müssen der Stadt geben, was sie braucht, um leben zu können.

Stadtv. Böhringer (Soz.): Der Besitz sei nicht in gleicher Weise opferfreudig wie der Lohnempfänger. Wir sind gern dabei, die Gewerbesteuer abzubauen, wenn Sie bereit sind, den gleichen Anteil zur rechten Zeit zu bezahlen wie die Lohnempfänger. Die Zahl der Konkurse geht zurück. Die Geschäfte streben nach Erweiterungen, also geht es ihnen nicht schlecht. In der Vergangenheit haben die Kreise die Stadt verhindert, Grund und Boden zu erwerben, die Einblick in die kommende Entwicklung hatten und rechtzeitig zu Spekulationszwecken Ankäufe machten, anstatt der Stadt das Gelände zu sichern. Redner betont, der Voranschlag könne nicht abgelehnt werden, auch nicht im Hinblick auf die Arbeitnehmerschaft der Stadt.

Stadtv. Knoblauch (Komm.): In kurzen Worten werde er mehr sagen, als sämtliche Redner heute und am Freitag. (Große Heiterkeit.) Die Herren vom Stamme Nimm verlangen die Stundung der Steuer. Sie haben keinen Grund, die Steuer abzulehnen, weil sie die heutigen Verhältnisse herbeigeführt haben. Der Zusammenbruch komme, ob der Voranschlag bewilligt werde oder nicht. Unter wiederholter stürmischer Heiterkeit führt Redner den Vergleich der Wirtschaftspolitik mit einer Seereise durch, um schließlich die Vorlage abzulehnen.

Oberbürgermeister Dr. Finter: Dietrich hat getadelt, daß der Voranschlag zu spät komme; hat er im Mai v. J. schon gewußt, wie er im März d. J. seine Krawatten verkauft? Dasselbe ist es bei der Stadt. Wenn Dietrich es besser verstehe, so möge er an diese Stelle treten. Der Kaufmann stellt eine Bilanz auf nach dem Ende des Geschäftsjahres, die Stadt muß aber einen Voranschlag zum voraus aufstellen. Die kameralistische Buchführung verdiene in heutiger Zeit den Vorzug vor der kaufmännischen, weil sie vor Trugschlüssen durch die Vermögensdarstellung bewahre. Es sei auch nicht so, daß nur der Kaufmann zünftig, der Beamte aber ein Troddel sei. Die Entziehung der Selbständigkeit der Gemeinden war ein großer Fehler, der wieder gut gemacht werden muß. Die Gewerbesteuer leidet an dem Fehler, daß sie nach einem Betriebsvermögen erhoben wird, nicht nach dem Stand der Erhebung, sondern einem viel früheren Stand. Wirklich steuerlich erfaßt wird nur das Einkommen, das man nachrechnen kann, daher sind die Ergänzungssteuern aus dem fundierten Einkommen wohl am Platz. Der § 13 Abs. 3 des Gewerbesteuergesetzes sei heute ein Unding. Weil wir die Aenderung anstreben, den Voranschlag abzulehnen, ist unverständlich. Wenn in den Kommissionen Sparmaßnahmen erörtert wurden, haben auch die, die den Voranschlag ablehnen wollen, Personalentlassungen verneint. Er sei überzeugt, daß die städtische Beamten- und Arbeiterschaft ihre Pflicht tun. Kein Vorwurf sei ungerechter als der, daß die Stadt nicht spare. Keine Stadt mit so wenig Waldbesitz habe einen so niederen Steuerfuß von 30 Mk. auf der Dezembergrundlage. Zu den Vorwürfen bezüglich des Konservatoriums bemerkt der Oberbürgermeister, daß in Professor H. K. Schmid eine sehr tüchtige Kraft gewonnen wurde; er ist eine Zierde der Stadt und macht ihr nur Ehre. Es ist Pflicht, der Stadt zu geben, was sie notwendig braucht. Die Ablehnung ist nichts als eine Geste, in der Erwartung, daß die anderen den Voranschlag annehmen.

Von verschiedenen Seiten rechts und links wird namentliche Abstimmung beantragt.

Der Voranschlagsnachtrag wird mit 63 gegen 32 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Kommunisten, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale und Wirtschaftliche Vereinigung.

Theater und Musik

Karlsruher Konzerte.

Die hiesige Museumsgesellschaft gab am letzten Sonntag nachmittag in den Räumen der Handelskammer ein Konzert, das sehr gut besucht war. Junge, musizierfreudige Kräfte hatten sich zur Verfügung gestellt; das Ergebnis war sehr anerkennenswert. Alexandra Daehn spielte mit Herrn Lüttgers zusammen das A-moll-Konzert von Bach wie auch drei kleinere hübsche Stücke. Sie zeigte sich als eine Geigerin, die tiefmusikalisch ist und im Herzen fühlt, was sie spielt. Ihr Können ist abgerundet und befriedigt. Bach war rhythmisch gut angepackt, die übrigen Stücke aber rückten ihren warmen, vollen und anmutigen Ton, ferner die dynamische Abwägung ins beste Licht. Eine ebenso erfreuliche Erscheinung war die Altistin Helene Rothermel. Ihr Alt ist schön gebildet, bedarf aber im Registerwechsel noch mehr Ausgleich. Ihre Stimme ist jedenfalls ansprechend und die Brahmslieder wie auch eine Arie trug die Dame versenkt in den Inhalt mit innigem Behagen vor. An solcher lauterer Kunst mußte man seine Freude haben. Ihre Begleiterin, Frl. Ruth Peritz, gab sich alle Mühe, doch der Erfolg entspricht dem Wollen noch nicht ganz. Die Perle der ganzen Aufführung war eine Händelarie, ausgeführt von Frl. Daehn, Rothermel und Herrn Lüttgers. Die Seele konnte sich an dieser kostbaren Musik und Darbietung erquicken. Die Zufriedenheit über die Veranstaltung zeigte sich in dem herzlich warmen Dank der Hörer.

Berner.

Gas- und Strompreise.

Die Preise für die Ablesungsperiode ab 1. Februar 1923 werden wie folgt festgesetzt:

1. Gas:
   a) zu Leucht-, Koch- und Heizzwecken . . . . 800 Mk. für 1 cbm
   b) zu Kraftzwecken . . 720 Mk. „ 1 cbm
2. Strom:
   a) für Licht bis zu 3000 Kwst 1650 Mk. für 1 Kwst
   b) „ Kraft „ „ 3000 Kwst 1000 Mk. „ 1 Kwst
   c) für Treppenhausbeleuchtung mit Schaltuhren 1240 Mk. monatlich für die 16kerzige Glühlampe und 1400 Mk. monatlich Miete für die Schaltuhr;
   d) für Pauschalglühlampen in Kellern und Dachkammern 130 Mk. monatlich für die Glühlampe und Kerzenstärke;
   e) für Kleintransformatoren für Läutewerke und Türöffner 600 Mk. monatlich für 1 Watt Eigenverbrauch.

Karlsruhe, den 7. März 1923.

Städt. Gas-, Wasser- und Elektrizitäts-Amt.

Fleisch- und Wurstlieferung

Die Lieferung des Bedarfs an Fleisch- und Wurstwaren für das städt. Krankenhaus ist für die Zeit vom 1. April 1923 bis 31. März 1924 zu vergeben

Angebote sind verschlossen mit entsprechender Aufschrift versehen bis spätestens Freitag, den 16. März 1923, vorm. 9 Uhr, bei der unterzeichneten Verwaltung, Moltkestr. 6, einzureichen, woselbst auch die Lieferungsbedingungen eingesehen werden können.

Karlsruhe, 6. März 1923

Verwaltung des städt. Krankenhauses.

Anzüge Schuhe Hosen Gummimäntel
am billigsten bei
R. Billig
Markgrafenstrasse 17.

Kohlenherde, Gasherde, auch Gasback- und Bratherde
in nur erstklassigen Fabrikaten und verschiedenen Ausführungen zu noch vorteilhaften Preisen offerieren
Spänle & Maurer,
G. m. b. H. Karlsruhe,
Nelkenstr. 9. Telef. 2061.

Rohstoffe zu Schokoladen
sind infolge Markentwertung, Finanzzöllen, Frachten und Kreditzinsen schon lange etwa
8000 × teurer als vor dem Kriege
bei gleichen Auslandspreisen für Rohkakao. Dagegen kosten dank vorsorglicher Einkäufe und Verzollungen erreichbarer Partien die
Reichardt-Schokoladen
freilich ohne Berücksichtigung der im voraus nicht zu berechnenden, weil meist rückwirkend steigenden Ausgaben
nur etwa die Hälfte.
Leider erzwingen nun die sich monatlich sprunghaft steigernden Milliardenbeträge an Unkosten, Gehältern und Löhnen unaufschiebbare Preiserhöhungen. Man sichere sich also von dieser Edelnahrung eine eiserne Ration zu jedem Preise, denn Schokoladen, die sich lange aufbewahren lassen und mit der Dauer der Ablagerung an Geschmacksfeinheit zunehmen, sodaß es nichts Köstlicheres gibt als einen jahrealten Brocken, bedürfen einer langwierigen Durcharbeitung und
müssen daher bald viel teurer werden.

Die besten **Mäuse-, Ratten-, Käfer- u. Wanzen-Vertilgungsmittel** erhalten Sie im altbewährten Spezialhaus D. V. G. U.
Anton Springer
Ettlingerstrasse 51.

Altblei
sofort zu kaufen gesucht.
Badischer Beobachter,
Adlerstraße 42.

Gediegene Romane

Kaplan Bindtner
Roman von Emmy Gruhner
8° (406 Seiten). Vornehmer Geschenkband in Halbleinen.
Grundzahl Mk. 7.50.

Kaplan Bindtner ist ein Volksroman wie er seit Jahren nicht mehr in gleicher Güte erschienen ist. Den Hauptpersonen, Mutter und Sohn, folgt man in tiefster Seele ergriffen durch alle Hemmnisse und Schwierigkeiten des Alltags einer Kleinstadt.

Ueber die Brücke
Roman von Josef Weingartner
Neuauflage (6.—9. Tausend). 8° (289 Seiten). Gebunden Mk. 5.50.

Ein köstlich geschriebener Roman, der den Werdegang eines jungen Priesters und das Leben und Treiben im Brixner Priesterseminar behandelt. Das Buch wird jedem schöne Stunden bereiten.

Durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Der Verlagspreis ergibt sich aus der Multiplikation der Grundzahl mit der jeweils geltenden Teuerungszahl. (Ende Februar ca. 2000).

Verlagsanstalt Tyrolia Innsbruck

Gesucht
10 qm (2 m hoch, 5 m lg.)
Garten-Draht.
Ang. mit Preisangabe unter Nr. 773 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Zahle die höchst. Preise am hiesigen Platze für ausgegangene Frauenhaare. Haarauffäufer und Friseure erhalten Vorzugspreise.
Oskar Demer, Haarhandlg.
Kaiserstraße 32.

Ankauf von alt Eisen
Lumpen, Flaschen, Papier, Knochen, u. Metall u. s. w., zahlt die höchsten Tagespreise.
/ Händler erhalten Vorzugspreise /
Brotz & Co.
Marienstraße 18 Telefon 3950.

Frachtbriefe liefert schnellstens A.-G. Badenia

Allgemeine Ortskrankenkasse Karlsruhe.

In Vollzug der Verordnung der Reichsregierung vom 27. v. Mts. über die Heraufsetzung **der Grundlöhne in der Krankenversicherung bis auf 14 400 Mk.** (auf Grund des Gesetzes über Aenderung von Geldbeträgen in der Sozialversicherung vom 9. 6. 1922) tritt mit sofortiger **Wirkung eine Aenderung der seitherigen Grundlöhne, Lohnstufen, Beiträge und Leistungen in Wirksamkeit.**

Die Heraufsetzung der Grundlöhne macht wiederum eine **Neueinteilung der Lohnstufen bei sämtlichen Versicherten** notwendig. Als Unterlage für diese Neueinteilung werden genaue **Angaben über die derzeitigen Lohn- bezw. Gehaltsbezüge aller Beschäftigten** benötigt. **Die Herren Arbeitgeber werden deshalb hiermit aufgefordert, diese Lohnanzeigen umgehend — längstens jedoch innerhalb einer Woche — bei der Kasse zu erstatten. Erstattet ein Arbeitgeber trotz dieser Aufforderung die Lohnanzeige nicht fristzeitig, so wird für seine Beschäftigten der Kassenvorstand bis zur ordnungsmäßigen Meldung den Grundlohn in der Höhe festsetzen, die für Versicherte der gleichen Art in Betrieben gleicher Art gilt und, ohne Pflicht zur Rückerstattung, die entsprechenden Beiträge erheben.** Außerdem ist die Nichterstattung der Lohnanzeigen unter Strafe gestellt. Die Notwendigkeit der **umgehenden** Erstattung wird deshalb nochmals besonders betont.

Der Wert der Sachbezüge — soweit solche in Kost und Wohnung bestehen — hat den Zeitverhältnissen entsprechend bereits mit **Wirkung vom 15. Febr. ds. Js. ab** durch das Badische Bezirksamt — Versicherungsamt — hier eine **Neufestsetzung** (Erhöhung) erfahren. Diese Erhöhung wird bei einem erheblichen Teil der Versicherten, **insbesondere bei den Hausangestellten die Versetzung in höhere Lohnstufen der Kranken- und Invalidenversicherung bedingen** und damit eine weitere Steigerung der Kassenbeiträge ab 15. v. Mts. zur Folge haben.

Tabellarische Uebersichten über die neue Lohnstufeneinteilung in der Krankenversicherung, über Grundlöhne und Beiträge, sowie über die Leistungen können bei unserer Kassenverwaltung — Gartenstr. 14/16 — unentgeltlich in Empfang genommen werden.

Karlsruhe, den 7. März 1923.

Der Kassenvorstand: W. Hof. — **Verwaltungsdirektion:** R. Sigmund.

Kurz-, Weiß-, Wollwaren
kaufen Sie sehr vorteilhaft bei
A. Bergmann
Zähringerstr. 19, im Hause Kaffee Röderer.

Kleine Anzeigen des täglichen Bedarfs haben in d. Badischen Beobachter besten Erfolg. Alle Berufs- und Gesellschaftsklassen in Stadt und Land zählen wir zu unseren Lesern.

Bad. Landestheater.
Donnerstag, 8 März. 7—10 Uhr. Sp. 1. Abt. Mk. 3600
Th.-Gem. B.V.B. Nr. 3401—3700.
Robert und Bertram.